

BESCHLUSSBUCH ZUR LDK 1.23

11. März 2023 im Willy-Brandt-Haus



Inhalt

Vorschlag zur Geschäftsordnung.....	2
Anträge	5
Antragsbereich B: Bildung und Ausbildung	6
B1_1/23 „Sylt gehört den Studierenden“ – Zukunft studentischer Mobilität	6
Antragsbereich E: Europa und Internationales	9
E1_1/23 Zeitenwende, aber richtig – Eine neue Sicherheitsarchitektur für Europa	9
Antragsbereich G: Gesundheit und Pflege	15
G2_1/23 Kein catchiger Titel, aber dafür catchige Krankheiten: für Testmöglichkeiten von STIs	15
Antragsbereich I: Inneres, Recht und Antidiskriminierung	17
I1_1/23 Mehr Enteignungen – mehr Schulen!	17
I2_1/23 Nazis in Zivil? Nein, danke!	19
I4_1/23 Queer Refugees Welcome! - Für eine Reform der Geflüchtetenpolitik	21
I5_1/23 Sicheres Wohnen für queere Menschen in landeseigenen Wohnungen	23
I6_1/23 Folgen aus der Silvesternacht – soziale Lösungsansätze statt rechter Hetze!	24
I7_1/23 Ein Kulturregister für Berlin	28
O2_1/23 GO-Antrag: Änderungsanträge abstimmen	29
O3_1/23 Mental Health auch im Verband – Selbstverpflichtung zur Schaffung von gesünderen Strukturen für eine nachhaltige Arbeit	30
O4_1/23 SPD Gebäude begrünen und mit erneuerbaren Energien ausstatten	33
Antragsbereich U: Umwelt- und Klimaschutz	34
U1_1/23 Resolution: Gemeinsam kämpfen, statt kriminalisieren – volle Solidarität mit den Klimaaktivist*innen	34
U2_1/23 Herstellung, Import sowie Verkauf von Einweg-Vapes verbieten	38
Ini1_1/23 Trotz GroKo: JA zum Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen!“ – Keine Arbeit für die Immolobby durch die Expert*innenkommission und die Koalition!	39

Vorschlag zur Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigt sind alle von den jeweiligen Kreisvollversammlungen gewählten Delegierten.
2. Rederecht haben die ordentlichen Delegierten, die Mitglieder des Landesvorstandes, alle Gäste, die vom Landesvorstand oder dem erweiterten Landesvorstand offiziell eingeladen sind, sowie alle anwesenden Jungsozialist*innen.
3. Die Landesdelegiertenkonferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend sind.
4. Die Landesdelegiertenkonferenz wählt ein mindestens zweiköpfiges Präsidium, eine Mandatsprüfungs- sowie eine Wahl- und Zählkommission.
5. Die Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenz werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst.
6. Die Redezeit für die Diskussionsredner*innen darf 3 Minuten nicht überschreiten.
7. Je Antrag stellender Gliederung müssen die Anträge zu mindestens 40 Prozent von Frauen* eingebracht werden. Zu Beginn der Landesdelegiertenkonferenz melden die antragstellenden Gliederungen dem Präsidium die Personen, welche Anträge einbringen werden. Das Präsidium überprüft die Quotierung. Wird diese nicht erreicht, erklären die antragstellenden Gliederungen, für welche Anträge sie auf die mündliche Einbringung verzichten, um die Quotierung zu erreichen. Diese Regelung findet keine Anwendung, wenn eine antragstellende Gliederung nur einen einzelnen Antrag stellt. Änderungs- und Initiativanträge sind von dieser Regelung nicht betroffen. Das Ziel bleibt ein 50-prozentiger Redeanteil von Frauen*.
8. Die Redeliste wird nach folgendem Verfahren erstellt: Getrennt nach Frauen*, Männern* und divers identifizierten Personen werden die Wortmeldungen in der Reihenfolge ihrer Abgabe notiert. Das Wort erhalten Personen der drei Geschlechter dann jeweils im Wechsel weiblich/ männlich/ divers nach dem Reißverschlussprinzip. Zu der Redeliste zählt bereits die

Einbringung des Antrages. Nach der Antragseinbringung ist ein einzelner Redebeitrag zur Erwiderung auch dann möglich, wenn keine weitere Frau* mehr auf der Redeliste steht. Anschließend gilt Punkt 9.

9. Wenn keine Frauen* mehr auf der Redeliste stehen, ist die Debatte beendet. Auf Antrag kann die Liste für drei nicht weiblich identifizierte Personen geöffnet werden. Danach ist die Liste wieder geschlossen. Auf Antrag kann die Liste wiederum für drei weitere nicht weiblich identifizierte Personen geöffnet werden, worüber nur noch die weiblichen Delegierten abstimmen. Sobald sich Frauen* melden, wird wieder nachquotiert.
10. Das Recht Geschäftsordnungs-, Initiativ- und Änderungsanträge zu stellen haben alle Delegierten, die Juso-Kreise, der Landesvorstand, die Landesarbeitskreise sowie die Juso-Hochschulgruppen.
11. Anträge und Änderungsanträge haben in einer geschlechtergerechten Schreibweise eingereicht zu werden. Ist dies nicht oder nur unzureichend der Fall, ermöglicht das Präsidium der*dem oder den Antragsteller*innen, die Schreibweise unverzüglich zu korrigieren. Geschieht diese Korrektur nicht, wird der Antrag nicht befasst.
12. Initiativanträge können nur behandelt werden, wenn sie von mindestens 15 Delegierten aus drei Kreisen unterstützt werden und wenn der Anlass für den Antrag nach Ablauf der Frist für Anträge (13.02.2023) entstanden ist. Frist für die Abgabe der Initiativ- und Änderungsanträge mit den erforderlichen Unterschriften ist Samstag, 11. März 2023, eine Stunde nach Konferenzbeginn. Personalvorschläge und Nominierungen sind dem Präsidium ebenfalls bis Samstag, 11. März 2023, eine Stunde nach Konferenzbeginn zuzuleiten.
13. Änderungsanträge zu einem späteren Zeitpunkt werden nur zugelassen, wenn die*der Antragsteller*in Neuformulierungen auf der Basis der eingereichten Änderungsanträge vorlegt oder wenn zwei Drittel des Präsidiums einen nach Ablauf der Antragsfrist eingereichten Änderungsantrag als wesentlich für den Fortgang der Beratung erachten.
14. Änderungsanträge, die nach dem im Antragsbuch veröffentlichten Kopierschluss (05.03.2023, 23:59 Uhr) eingereicht werden, können nicht von der*dem Antragsteller*in des Ursprungsantrags übernommen werden. Sie müssen – sofern sie aufrechterhalten werden – der Landesdelegiertenkonferenz zur Abstimmung vorgelegt werden. Änderungsanträge sind

in schriftlicher oder elektronischer Form einzureichen. Die Formatvorgaben sind dabei zu beachten.

15. Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission begründen Vertreter*innen der unquotierten Delegationen, welche Maßnahmen zur Förderung von Frauen* ihres Kreises sie bereits geplant haben, um die Ursachen der mangelnden Repräsentanz von Frauen* in ihren Delegationen bis zur nächsten Landeskonferenz zu beheben. Dieser Fall tritt ein, wenn weniger als 40% der anwesenden angemeldeten Delegierten einer Delegation zum Zeitpunkt der Mandatsprüfung Frauen* sind. Diese Rechenschaft ist Pflicht.

Anträge

Antragssteller*innen: Juso-Hochschulgruppen

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

B1_1/23 „Sylt gehört den Studierenden“ – Zukunft studentischer Mobilität

1 Im vergangenen Jahr hat die Ampelkoalition mit dem 9-Euro-Ticket einen großen Erfolg gelandet und
2 vielen Menschen eine echte Entlastung geboten. Insbesondere für viele Studierende, die besonders
3 häufig unter Armut leiden und sich in finanziell prekären Situationen befinden, bestand so die einfache
4 Möglichkeit, günstig in den Urlaub zu fahren oder Familienbesuche zu absolvieren. Mit der Einführung
5 eines Deutschlandtickets, des 29-Euro Tickets in Berlin und den abgeschlossenen
6 Semesterticketverhandlungen haben sich neue Herausforderungen für studentische Mobilität
7 ergeben, die neue Lösungsansätze erfordern.

Berlin muss solidarisch bleiben!

8 Im kommenden erhalten Studierende der Berliner Hochschulen einen Zuschuss zu Ihren
9 Rückmeldegebühren in Höhe von 75 Euro. Diese 75 Euro erhalten alle Personen, die an einem Stichtag
10 (vermutlich dem 31. Mai 2023) in den Hochschulen immatrikuliert sind. Grund für diesen einmaligen
11 Zuschuss sind die langen und zähen Semesterticketverhandlungen zwischen dem VBB
12 (Verkehrsverbund Berlin Brandenburg), den Verfassten Studierendenschaften und der
13 Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, sowie der
14 Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz. Nach beschwerlichen
15 Verhandlungsrunden hat die Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz
16 als Kompromiss eine Zahlung von 75 Euro pro immatrikulierter Person in Aussicht gestellt. De facto
17 zahlen somit Berliner Studierende weniger als 20 Euro für ihr Semesterticket im Monat. Doch
18 besonders nach der langen Verhandlungszeit ist es wichtig, dass Studierende frühzeitig eine
19 Perspektive aufgezeigt bekommen! Mobilität ist gerade für Studierende von immenser Relevanz und
20 im Besonderen in der Hauptstadt Berlin mit häufig langen Fahrtwegen unverzichtbar. Die Wege von
21 der Hochschule nach Hause, zwischen den einzelnen Campus und zur Arbeit sind oftmals sehr lang und
22 erfordern einen funktionierenden ÖPNV. Denn es geht eben nicht nur um Fahrstrecken und
23 Fahrtkosten: Wer mobil ist, hat mehr Möglichkeiten, am sozialen Leben teilzunehmen oder neue
24 Chancen zu ergreifen. Zusätzlich trägt ein funktionaler, kostengünstiger Öffentlicher Nahverkehr zu
25 einer ökologischen Mobilitätswende teil, die unabdingbar ist.
26

27 Der gefundene Berliner Kompromiss war ein wichtiges Signal, dass die Nutzung der S- und U-Bahn in
28 der Hauptstadt zukünftig deutlich günstiger wird. Egal, ob man es benutzt oder nicht. Doch leider ist
29 die Regelung lediglich vorübergehend und für das kommende Sommersemester befristet. Die Zukunft
30 des Semestertickets in Form des Solidarmodells ist über die Zeit hinaus vollkommen fraglich. Dabei hat
31 sich das Solidarmodell bewährt: Alle Studierenden zahlen den gleichen Preis, sodass das Ticket im
32 Schnitt für alle günstiger wird. Gerade jetzt in Zeiten von Inflation und steigenden Mieten zeigt sich

33 der große Nutzen eines solidarisch finanzierten Semestertickets. Sofern es keine für alle günstig
34 erwerbbaeren Alternativangebote gibt und unsere Forderung nach einem ticketlosen kostenfreien
35 ÖPNV nicht umgesetzt wurde, muss das Solidarmodell fortbestehen!

36 **Echte Mobilität deutschlandweit!**

37 Durch die Einführung des 49-Euro-Tickets wird sich auch die Tarifstruktur studentischer Mobilität
38 massiv verändern. Es steht unter den Verkehrsminister*innen wohl schon fest, dass es zunächst ein
39 Upgrademodell geben wird. Demnach können Studierende durch die Zahlung des Differenzbetrags ihr
40 "Semtix" zu einem Deutschlandticket aufwerten. Diese Lösung lehnen wir als langfristiges Modell ab!
41 Ausbildungstickets müssen generell als „Deutschlandtickets“ gelten. Besonders armutsgefährdeten
42 jungen Menschen muss ein kostengünstiger ÖPNV zugesichert werden können. Im Rahmen der
43 aktuellen Lösung wird vielerorts das Solidarmodell durch das Deutschlandticket ernsthaft gefährdet:
44 in Mainz zahlen Studierende zum Beispiel gegenwärtig 38 Euro für das Semesterticket - im Monat. Das
45 ist ohnehin schon ein unsolidarisch hoher Preis, um mobil zu sein. Es ist überhaupt nicht vermittelbar,
46 weshalb ein Semesterticket im Solidarmodell dort fortexistieren sollte und könnte durch die regionalen
47 Studierenden massiv unter Druck geraten, während gleichzeitig für 11 Euro Aufpreis der bundesweite
48 Nahverkehr angeboten wird.

49 Das „Deutschlandticket“ macht gerade in Mainz besonders deutlich, wie absurd teuer Semestertickets
50 teilweise sind. Das Problem ist also nicht die zunächst gute Zwischenlösung eines Deutschlandtickets,
51 sondern sie legt den Finger in die Wunde und weist auf die bestehende Problematik der Existenz teurer
52 Semestertickets deutlich hin.

53 Die Konsequenz eines dauerhaften Upgrademodells wäre daher wohl die Abkehr vom Solidarmodell
54 mit der Folge deutlich höherer Preise insbesondere für finanziell schwächere Studierende. Das
55 deutsche Studierendenwerk warnt bereits davor, dass das Semesterticket durch Klagen angegriffen
56 werden könnte und das Solidarmodell dann generell fallen könnte. Denn nach Entscheidungen des
57 Bundesverfassungsgerichts muss der Preis eines verpflichtenden Semestertickets "verhältnismäßig
58 gering" sein, damit er noch "zumutbar" ist. Die Lösung muss also sein: günstige Ausbildungstickets, um
59 inklusive Mobilität zu ermöglichen und die Ausweitung der Tarife auf ganz Deutschland, in Verbindung
60 mit dem Deutschlandticket. Bayern hat bereits angekündigt, mit einem eigenen 29-Euro Ticket als
61 Ergänzung zum Deutschlandticket, Studierenden bundesweite Fortbewegung im Nahverkehr
62 vergünstigt zu ermöglichen. Auf jenen Pfad muss auch Berlin dringend einkehren!

63 Die Lösung muss daher lauten: Eine kurzfristige Preisobergrenze für regionale Ausbildungstickets,
64 sodass der Fortbestand und die Akzeptanz für das Solidarmodell gesichert werden kann. Das 49-Euro
65 Ticket alleine ist keine Lösung! Langfristig muss der Bund eine vergünstigte Ergänzung des
66 Deutschlandtickets einführen, bspw. angelehnt an das Sozialticket in Berlin, welches alle jungen
67 Menschen gleichermaßen entlastet! Wir halten darüber hinaus weiterhin an unserer Vision eines
68 ticketlosen, kostenlosen ÖPNVs für alle fest.

69 **Daher fordern wir:**

- 70 ● die Fortführung des Solidarmodells für das Berliner Semesterticket, sofern es keine für alle
71 erwerbbaeren günstigen Alternativen gibt
- 72 ● eine kurzfristige Preisobergrenze von 20 Euro im Monat für regionale Semestertickets für
73 Studierende und Azubis

- 74
- 75
- 76
- 77
- 78
- 79
- 80
- 81
- 82
- 83
- 84
- die mittelfristige Einführung eines “Deutschlandtickets” für Studierende und Azubis in Höhe von 9 Euro im Monat
 - Eine Aufnahme des Berliner 9€-Sozialtickets für Studierende und Auszubildende begrüßen wir grundsätzlich. Es muss jedoch in jedem Fall sichergestellt werden, dass studentische Tickets in ihrem Gültigkeitsbereich nicht hinter das aktuelle Semesterticket zurückfallen. Jedes Ticket für Studierende und Auszubildende muss mindestens für die gesamten Tarifbereiche A, B und C gelten.
 - einen Mechanismus für die preisliche Anpassung der Azubitickets an die aktuelle Höhe der Student*innentickets.
 - Langfristig bleibt das Ziel, einen kostenlosen ÖPNV zu verwirklichen, sowie ein 9€ Deutschlandticket

Antragssteller*innen: Juso-Landesvorstand

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

E1_1/23 Zeitenwende, aber richtig – Eine neue Sicherheitsarchitektur für Europa

1 Der völkerrechtswidrige Angriff von Russland auf die Ukraine im Februar 2022 hat Europas Blick auf
2 Sicherheit nachhaltig verändert. Seit über einem Jahr haben wir an der EU-Außengrenze einen Krieg,
3 der 2014 seinen Anfang fand und seit 2022 in neuer Dimension geführt wird. Diese Ausgangslage stellt
4 die deutsche und europäische Politik vor neue Herausforderungen. In kurzer Zeit mussten
5 schwerwiegende Entscheidungen getroffen werden, unter anderem zu Waffenlieferungen.

6 Auch wir als sozialistischer, feministischer, internationalistischer, antifaschistischer und
7 antimilitaristischer Verband müssen aufgrund dieser Ausgangslage uns mit neuen Fragen beschäftigen.
8 Als internationalistischer Verband ist uns klar: Eine europäische, internationalistische
9 Sicherheitsarchitektur ist nicht als nationaler Alleingang möglich. Neben den internationalen
10 Bündnissen, in denen Deutschland derzeit Teil ist, müssen wir uns aber auch mit aktuellen auf
11 Nationalebene verorteten Sicherheitsstrukturen beschäftigen, wie beispielsweise der Bundeswehr.

Unser Leitbild: Feministische Außenpolitik

12 Möglichkeiten der politischen Teilhabe oder der Zugang zu Ressourcen sind in der globalen
13 Gesellschaft unterschiedlich verteilt. Diese sozialen Ungleichheiten zu berücksichtigen, ist der
14 Anspruch der feministischen Außenpolitik. Aus einer intersektionalen feministischen,
15 antirassistischen, antifaschistischen und antikapitalistischen Perspektive ist Sicherheit in der
16 internationalen Politik an einen sozialen Frieden gekoppelt, also dem Zunehmen von Gerechtigkeit.
17 Nur dort, wo auch sozialer Frieden existiert, kann von echtem Frieden gesprochen werden. Die
18 Definition von Frieden als Abwesenheit von Krieg ist veraltet.
19

20 Dieser Ansatz betont die Notwendigkeit, die Stellung von FINTA* (Frauen, intersexuelle, nicht-binäre,
21 trans und angender)-Personen in allen Bereichen der Gesellschaft, einschließlich der internationalen
22 Beziehungen, zu verbessern und diskriminierende Praktiken und Strukturen zu bekämpfen. Eine
23 intersektionale feministische Außenpolitik berücksichtigt die Situation und Sicherheit von Individuen
24 und sorgt in ihrem Handeln für menschliche Sicherheiten, unabhängig von sexuellen Orientierungen,
25 Herkunft, Sprache oder Geschlechtsidentität. Auf diese Weise werden patriarchale Machtstrukturen
26 und strukturelle Ungerechtigkeiten aufgebrochen. Im Konkreten werden dadurch die individuellen
27 Situationen von FINTA*-Personen und anderen marginalisierten Gruppen kritisch hinterfragt und
28 Prozesse angestoßen, wie auf diese unterdrückenden patriarchalen Situationen reagiert werden kann
29 Es bedarf dabei geschlechtergerechter und inklusiver Entscheidungsprozesse. In unserem Verständnis
30 von feministischer Außenpolitik ist dabei ein intersektionaler Zugang zur Problemanalyse
31 entscheidend.

32 Dadurch betrachtet eine feministische Außenpolitik FINTA* nicht aus paternalistischer Perspektive als
33 Opfer von Konflikten und Unterdrückung, sondern stärkt sie als aktive Teilnehmende an politischen
34 Prozessen und Lösungen. Diese Form der Außenpolitik wird nicht von oben aufgesetzt, sondern bezieht
35 Parteien, Gewerkschaften, NGOs, öffentliche Institutionen und weitere Vertreter*innen aus der
36 Zivilgesellschaft und Wirtschaft in die Prozesse mit ein. Grundzüge der feministischen Außenpolitik
37 lassen sich seit 2000 in Resolutionen der UN, sowie der Menschenrechtscharta finden.

38 **Warum brauchen wir feministische Außenpolitik?**

39 Über Außen- und Sicherheitspolitik wird immer noch vornehmlich von weißen, alten Cis-Männern
40 entschieden. FINTA* und andere marginalisierte Gruppen sind in diesen Bereichen unter- bzw.
41 zeitweise gar nicht repräsentiert. Dadurch werden deren Perspektiven nicht gleichberechtigt und
42 angemessen berücksichtigt. Ein Gradmesser dafür sind die Ergebnisse von Friedensprozessen:
43 Friedensabkommen, bei deren Ausarbeitung die Zivilgesellschaft und damit auch mehr FINTA*
44 Personen beteiligt waren, führen zu besserem Regierungshandeln und halten nachweislich länger.
45 Ebenso zeigte sich, dass der Grad von Geschlechtergerechtigkeit in einem Land stärkster Indikator zur
46 Friedfertigkeit eines Landes nach innen und außen ist. Durch die gleichberechtigte Teilhabe von FINTA*
47 und anderen marginalisierten Gruppen auf allen Ebenen kann also eine umfassende Außen- und
48 Sicherheitspolitik zum Wohle aller erreicht werden. Um die Repräsentation von marginalisierten
49 Gruppen in Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik und die Handlungsfähigkeit marginalisierter
50 Gruppen zu fördern, müssen strukturelle Hürden abgebaut werden. Zudem können Quoten
51 erwiesenermaßen die Repräsentation von marginalisierten Gruppen erhöhen und stellen damit ein
52 sinnvolles Instrument dar.

53 **Who run the world - Die Bedeutung von Macht**

54 In politischen Entscheidungsprozessen haben Machtstrukturen eine große Bedeutung. Bis heute ist es
55 aber so, dass politische Macht sehr ungleich verteilt ist. Bei der Machtverteilung geht es um Fragen
56 der Mitbestimmung und der Ungleichheit. Diese Ungleichheit existiert in der aktuellen politischen
57 Realität nicht nur zwischen Geschlechtern, sondern unter anderem auf internationaler Ebene auch
58 darüber hinaus. So finden sich asymmetrische Machtverhältnisse auch in zwischenstaatlichen
59 Beziehungen im Kontext von Kolonialismus, in Form von wirtschaftlichen Abhängigkeiten sowie
60 innerhalb von Staaten zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Eine feministische Außenpolitik
61 muss sich mit der Frage beschäftigen, wer aus welchen Gründen strukturell ausgeschlossen wird und
62 welche Perspektiven dadurch verloren gehen. Deutschland und die EU müssen ihre Rolle bei
63 internationalen Partnerschaften hinterfragen und um die Dimension von Identität und Ausschluss
64 erweitern. Im Rahmen der Konfliktbekämpfung gibt es keine einfachen Lösungen, alle betroffenen
65 Akteur*innen müssen berücksichtigt werden, und nicht nur die aktuellen politischen
66 Entscheider*innen. Hierfür müssen außenpolitische Prozesse angepasst werden und
67 zivilgesellschaftliche Organisationen stärker eingebunden werden, damit Perspektiven von
68 Bürger*innen miteinbezogen werden. Nur so können Kompromisse geschlossen werden, die eine
69 inklusivere, stabilere und langfristige Lösung darstellen.

70 **Weil Sicherheit mehr sein muss als die Abwesenheit von Gewalt!**

71 Mit unserem Verständnis von feministischer Außenpolitik geht auch unser Verständnis eines
72 weitgreifenden Sicherheitsbegriffs einher. Im Kontext der internationalen Politik wird Sicherheit oft
73 mit dem Herstellen eines negativen Friedens - also lediglich mit dem Abnehmen von Gewalt -
74 gleichgesetzt. Dieses Verständnis umfasst die körperliche sowie die psychische Gesundheit - aber unser
75 Verständnis von Sicherheit ist mehr!

76 Sicherheit muss breit gedacht werden, verschiedene Perspektiven mit einbeziehen und gleichzeitig
77 wehrhaft gegen Angriffe von innen und außen sein. Aus unserer Perspektive ist Sicherheit in der
78 internationalen Politik an einen positiven - sozialen - Frieden gekoppelt, also dem Zunehmen von
79 Gerechtigkeit.

80 Gerechtigkeit als abstrakter Begriff umfasst das Erfüllen von vielfältigen Bedürfnissen, wie zum Beispiel
81 Sicherheits- und sozialen Bedürfnissen. Dabei denken wir die staatliche Verantwortung weiter als das
82 Sicher- und Bereitstellen der körperlichen Unversehrtheit, von Nahrungsmitteln und Wohn- und
83 Schlafstätten. Wir ergänzen das Verständnis um die Schaffung von Sicherheit mit Demokratie, Freiheit,
84 Selbstbestimmung, guter Arbeit und gerechter Bildung.

85 Zu einer kritischen Reflexion bisheriger Sicherheitspolitik gehört auch die Erkenntnis, dass die aktuelle
86 Sicherheitspolitik von eurozentrischen Werten geleitet ist und daher auch vorrangig die
87 eurozentristische Perspektive abbildet. Unserem Anspruch an eine antirassistische und
88 internationalistische Politik folgend muss eine jungsozialistische Sicherheitspolitik diesen
89 Eurozentrismus reflektieren, internationalen Partner*innen auf Augenhöhe begegnen, ihre
90 Perspektiven und Forderungen ernst nehmen und Ansätze, die nationale und europäische Interessen
91 über die Interessen internationaler Partner*innen gestellt hat, überwinden.

92 Eine erfolgreiche Sicherheitspolitik und eine Umsetzung von Sicherheitsbedürfnissen und -interessen
93 können nicht in nationalen Grenzen erfolgen. Zugleich kann Sicherheit vor Ort nur realisiert und
94 gewährleistet werden, wenn Sicherheit überall auf der Welt herrscht - unser Ziel als
95 Internationalist*innen muss daher immer sein, Sicherheit weltweit zu denken und zu realisieren.

96 Für uns gilt, dass Sicherheitspolitik auf internationaler Ebene nur in Bündnissen verwirklicht werden
97 kann. Diese müssen auf der gleichberechtigten Zusammenarbeit der internationalen Partner*innen
98 beruhen, sich der Einhaltung und Umsetzung internationaler Verträge verpflichten und dabei
99 verhindern, dass wirtschaftliche und machtpolitische Gefälle entstehen oder ausgebaut werden, die
100 die Zusammenarbeit auf Augenhöhe ausschließen.

101 Wenn wir von einem breiten Sicherheitsbegriff ausgehen, schließt Sicherheitspolitik auch immer die
102 Etablierung friedenssichernder Strukturen und Institutionen ein. Die Arbeit dieser friedenssichernden
103 Strukturen soll von unseren Grundwerten getragen werden und Sicherheit - wie wir sie mit unserem
104 Sicherheitsbegriff definieren - realisieren und stabilisieren.

105 Waffenlieferungen an Staaten und Gruppen, die sich in aktiven Konflikten und Kriegen verteidigen
106 müssen, können notwendig sein. Für uns als antimilitaristischer Verband steht fest, dass die
107 Entscheidung, Waffen zu liefern, immer nur im Einzelfall getroffen werden kann und immer an den
108 Einsatz aller diplomatischer Mittel, Sanktionen und demokratischer, friedenssichernder Maßnahmen
109 geknüpft sein muss. Dieses Verständnis trägt sich auch in unsere Sicht auf die Rolle von Armeen und
110 der Bundeswehr.

111 **Die Rolle der Bundeswehr**

112 Die Bundeswehr muss in die Lage versetzt werden, ihren Bündnisverpflichtungen personell und
113 materiell nachkommen zu können. Das bedeutet, dass dringend nötige Investitionen in die bereits
114 geplante Ausrüstung fließen müssen. Dass hierfür der Wehretat, aufgrund anderer finanzieller
115 Verpflichtungen wie Sold und Unterhalt von Infrastruktur, nicht ausreicht, dürfte einleuchtend sein.
116 Die Ausgaben des Sondervermögens müssen sich an den Verpflichtungen zur Bündnis- und

117 Landesverteidigung ausrichten, dürfen aber keine Aufrüstung, die nicht mit technischem Fortschritt,
118 den eingegangenen Bündnisverpflichtungen und Instandsetzung der Bundeswehr einhergeht, nach sich
119 ziehen. Das Sondervermögen im Grundgesetz zu verankern, lehnen wir ab. Vielmehr fordern wir, diese
120 Investitionen im regulären Haushalt zu planen, was im Umkehrschluss bedeutet, dass die
121 Schuldenbremse fallen muss. Zusätzliche Ausgaben für die Bundeswehr zu Lasten von Sozial- und
122 Bildungsausgaben sowie der Entwicklungszusammenarbeit lehnen wir entschieden ab! Investitionen
123 in die Ausrüstungen ziehen auch immer Unterhalt und Instandsetzung mit sich. Dieses Geld muss im
124 regulären Wehretat mitgedacht und mitgeplant werden.

125 Es bedarf einer lückenlosen und transparenten Auflistung des tatsächlichen finanziellen Bedarfs
126 hierfür. Denn benötigte Investitionen und Instandhaltung von Material gehen nicht ohne Erhöhung des
127 Wehretats einher. Die notwendigen Mittel müssen bedarfsorientiert vergeben werden,
128 pauschalisierende Zahlen wie ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro oder ein Koppeln
129 an die aktuelle Wirtschaftskraft, mit entsprechenden Höhen und Tiefen, wie das 2% Ziel der NATO sind
130 hier nicht sinnvoll. Wir Jusos lehnen diese pauschalen Beträge daher weiterhin ab. Wir unterstützen
131 aber das Ziel, der Bundeswehr die finanziellen Mittel in die Hand zu geben, um dringend notwendige
132 Investitionen zu tätigen und arbeits- und einsatzfähig zu sein und bleiben. Damit die Beschaffungen
133 die Bundeswehr zeitnah erreichen, muss über die Reformierung des Beschaffungswesens gesprochen
134 werden. Beschaffungen müssen effizienter, zielgerichteter und unbürokratischer abgewickelt werden
135 und sich an bereits existierenden Lösungen orientieren, statt Individuallösungen zu bevorzugen. Wir
136 sind der Überzeugung, dass das Beschaffungswesen nicht von Kapitalinteressen geleitet und die
137 Ausrüstung marktwirtschaftlichen Unternehmen überlassen werden sollte, sondern in öffentliche
138 Hand gehört. Hierbei ist zu beachten, dass jegliche Beschaffung der parlamentarischen Kontrolle
139 unterliegt und dieser bürokratische Akt keinesfalls geschwächt werden darf. Denn nur so kann
140 gewährleistet werden, dass die Bundeswehr genau das Material erhält, das sie benötigt, gleichzeitig
141 aber die Nähe zur Rüstungsindustrie kontrolliert und eventueller Korruption vorgebeugt wird. Eine
142 Ausweitung der dezentralen Beschaffung auf Kommandeur*innen, wie es die Juso-Bundesebene
143 gefordert hat, ist nicht zielführend. Hier besteht die Gefahr der Schaffung von Doppelstrukturen, die
144 in Hinblick auf antidemokratische Kräfte nicht zu vernachlässigen sind.

145 **Wehrpflicht**

146 Als Jusos lehnen wir die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht konsequent ab. Dass diese Debatte im
147 Rahmen des Angriffskriegs auf die Ukraine nun wieder aufkommt und auch durch SPD-Politiker*innen
148 betrieben wird, finden wir unsäglich. Junge Menschen dürfen nicht dazu gezwungen werden, den
149 Dienst an der Waffe zu erlernen. Die Verpflichtung zum Dienen muss auch im Recht abgeschafft
150 werden; wir fordern daher eine ersatzlose Streichung des Artikel 12a im Grundgesetz. Der
151 Personalmangel bei der Bundeswehr muss anders überwunden werden. Anstelle junge Menschen zum
152 Dienen zu zwingen, muss die Bundeswehr insofern reformiert werden, dass sie eine geeignetere
153 Arbeitgeberin, insbesondere auch für FINTA*-Personen wird. Dafür müssen rechtsextreme und
154 sexistische Strukturen in der Bundeswehr bekämpft und sichere Schutz- und Meldeverfahren etabliert
155 werden.

156 Als antirassistischer, feministischer Jugendverband setzen wir uns insbesondere gegen
157 Rechtsextremismus und Diskriminierung von FINTA*, queeren Personen, BIPOCs und anderen
158 marginalisierten Gruppen in der Bundeswehr ein.

159 Zur besseren Prävention einer Unterwanderung der Bundeswehr durch rechtsextreme Kräfte muss
160 eine Reform des militärischen Nachrichtendienstes angedacht werden. Die personelle Ausstattung des
161 BAMAD darf sich nicht allein aus den Reihen der Bundeswehr rekrutieren, wenn ein effektiver Kampf
162 gegen antidemokratische Kräfte in den Reihen der Soldat*innen und anderweitig bei der Bundeswehr
163 Beschäftigten, zivilen Angestellten und Beamt*innen, erfolgen soll. Falsch verstandener Corpsgeist
164 kann auch hier dazu führen, dass antidemokratische Bestrebungen nicht erkannt und/oder nicht
165 verfolgt werden. Auch Sicherheitsüberprüfungen allein schützen nicht vor rechtsextremen
166 Bestrebungen, wie die Vergangenheit zeigte. Vielmehr muss, neben der Durchführung dieser, auch auf
167 die Sensibilisierung für Extremismus sowie die Stärkung von Meldewegen außerhalb des Dienstweges
168 für Soldat*innen gesetzt werden. Durch die besonderen Verhältnisse zwischen Soldat*innen und der
169 institutionalisierten „Kameradschaft“ in Verbindung mit der Abschottung von der Zivilgesellschaft ist
170 hierbei ein besonderer Fokus auf den Umgang mit Diskriminierungen unter gleichgestellten
171 Soldat*innen zu legen. Die Konsequenzen aus dem Melden von Diskriminierung wirken nicht nur auf
172 den professionellen Werdegang, sondern vor Allem auf den weiteren Umgang der anderen
173 Soldat*innen mit der diskriminierten Person. Diese Form des sozialen Drucks stellt eine maßgebliche
174 Hürde im Melden und der effektiven Bekämpfung von Diskriminierungen in der Bundeswehr dar.
175 Ebenso kommt der politischen Bildung sowie der Schulung von Vorgesetzten eine besondere
176 Bedeutung zu. Denn nur so können Missstände erkannt, gemeldet und Strukturen verändert werden.
177 Dies ist für uns die Grundlage bevor Investitionen in die Ausrüstung fließen.

178 **Bündnisse**

179 Der Angriffskrieg auf die Ukraine ist eine Zeitenwende auf dem europäischen Kontinent. Der Krieg in
180 der Ukraine ist für uns ein Weckruf, die aktuelle Lage unvoreingenommen zu analysieren und unsere
181 bestehenden Bündnisse neu zu denken. Hierbei ist für uns einerseits klar, dass Deutschland seinen
182 Bündnisverpflichtungen nachkommen muss. Auf internationaler Ebene muss Deutschland ein
183 verlässlicher Partner sein. Wir begrüßen es, dass die strategische Neuausrichtung der NATO die
184 berechtigten Sicherheitsinteressen besonders der osteuropäischen und baltischen Bündnisländer noch
185 stärker berücksichtigt. Darüber hinaus begrüßen wir es, wenn Staaten, wie zum Beispiel Finnland und
186 Schweden, selbstbestimmt entscheiden, Teil des Verteidigungsbündnisses zu werden. Die
187 Neuausrichtung der NATO führt aber auch zu mehr regionaler Verantwortung für die Bundeswehr in
188 Europa, besonders an der östlichen Flanke des Bündnisses. Damit kommen auf Deutschland mehr
189 Verpflichtungen hinsichtlich Soldat*innen, technischem und zivilem Personal sowie Material zu. Wir
190 wollen, dass die Bundeswehr diese Aufgaben gut erfüllen kann.

191 Als antimilitaristischer Richtungsverband setzen wir uns weiterhin für eine Welt ohne Krieg, Gewalt
192 und Waffen ein, also eine Welt, in der Konflikte durch Diplomatie anstatt durch Kriege gelöst werden.
193 Dennoch ist uns unter anderem mit Hinblick auf die Ukraine bewusst, dass militärische Mittel in
194 einzelnen Fällen zu Verteidigungszwecken auch notwendig sind und es einen Bedarf für ein Bündnis
195 wie die NATO gibt. Wir müssen anerkennen, dass die NATO nicht als Träger der Diplomatie zwischen
196 den Konfliktparteien dienen soll, denn ihre Funktionsweise beinhaltet Machtasymmetrie.
197 Insbesondere die USA haben in der Vergangenheit NATO-Bündnispartner*innen zu
198 Unterstützer*innen von Missionen ohne UN-Mandat gemacht. Wir wollen daher die Hauptrolle der
199 USA innerhalb der NATO durch eine gleichberechtigte Machtstruktur ersetzen und die Ziele ihrer
200 gegenwärtigen und zukünftigen Waffentests und Kampfeinsätze außerhalb der USA kritisch
201 hinterfragen. Deutschland soll als NATO-Verbündeter weiterhin die Möglichkeit haben und nutzen,
202 nicht alle NATO-Missionen mitzutragen. Insbesondere Minderheiten und kleinere Staaten mit weniger

203 wirtschaftlicher Macht sind davon betroffen. Obwohl es also aktuell einen Bedarf für militärische
204 Bündnisse gibt, ändert diese aktuelle Analyse allerdings nichts an unserer Vision einer Welt, die
205 militärische Bündnisse langfristig überflüssig macht.

206 Auch die Europäische Union (EU) muss nicht nur in ziviler, sondern auch in militärischer Hinsicht näher
207 zusammenrücken. Ein gemeinsames Vorgehen einer geeinten EU ist notwendig, um sich auch in
208 Zukunft gegen diktatorische, unterdrückerische Regime, wie Putins Russland, verteidigen zu können.
209 Zentrales Anliegen muss daher sein, die Verteidigungspolitik auf EU-Ebene stärker zu koordinieren und
210 die Europäische Union zu einem Verteidigungsbündnis auszubauen. Wichtiger Baustein hierfür ist eine
211 gemeinsame europäische Armee, die unter der Kontrolle des Europäischen Parlaments steht. Jedoch
212 dürfen wir auch nicht die Augen davor verschließen, dass rechte Kräfte auch in der EU stark an Macht
213 gewonnen haben und demokratische, rechtsstaatliche Strukturen auszuhöhlen versuchen. Notwendig
214 sind hierbei kurzfristig Sanktionen gegen demokratiefeindliche Regierungen innerhalb der EU,
215 langfristig eine Änderung der EU-Verträge, die rechtsstaatliche Mechanismen sichert und stärkt. Dies
216 gilt es zu bekämpfen! Eine gemeinsame europäische Verteidigung kann Demokratie und
217 Rechtsstaatlichkeit nur verteidigen, wenn sie auch im Inneren gelebt wird. Dies bedeutet auch, dass
218 die EU sich auf ihre Grundwerte besinnen und auch nach ihnen handeln muss. Nationales Denken und
219 die Idee der "Festung Europa" müssen der Vergangenheit angehören!

220 Die Vereinten Nationen (UN) beschränken sich weitgehend auf eine humanitäre Rolle in der
221 weltweiten Sicherheitspolitik. Sie kann sogenannte "Friedenstruppen" in Konfliktgebiete entsenden,
222 in viele Konflikte kann sie aufgrund der Lage im UN-Sicherheitsrat allerdings nicht eingreifen. Dies liegt
223 daran, dass es im Sicherheitsrat ein Veto-Recht für die USA, China, Frankreich, Großbritannien und
224 auch Russland gibt. Wenn einer dieser Staaten gegen einen Beschluss stimmt, kann dieser Beschluss
225 nicht gefasst werden.

226 Dennoch ist die UN ein unverzichtbarer Teil der internationalen Sicherheitsarchitektur, den es zu
227 stärken und reformieren gilt. Eine internationale Sicherheitsorganisation wie die UN muss nicht nur
228 militärischen Konflikten vorbeugen, sie muss insbesondere dafür sorgen, dass alle Menschen weltweit
229 sicher sind vor Hungersnöten, Dürren und weiteren nicht-militärischen Krisen. Um diese Aufgabe
230 wirksam erfüllen zu können, muss die Struktur der UN maßgeblich geändert werden! Für ein besseres
231 Konflikt- und Krisenmanagement fordern wir eine Reform des UN-Sicherheitsrates ohne Vetorecht.
232 Diese Reformen müssen mit Mechanismen einhergehen, die Antisemitismus und Antizionismus in den
233 UN strukturell verhindern. Das Existenzrecht Israels ist nicht verhandelbar. Gleichzeitig müssen die
234 Stimmen von Staaten des "globalen Süden", beispielsweise durch eine Neuzusammensetzung des
235 Sicherheitsrats, gestärkt und die Position von BIPOC- und FINTA*-Personen und Mitglieder der
236 queeren Community innerhalb wie außerhalb der Organisation gestärkt werden.

237 Ziel muss es also sein, eine multilaterale, wertegeleitete und feministische Außen- und
238 Sicherheitspolitik voranzutreiben, indem bestehende Strukturen hinterfragt, reformiert und dann
239 ausgebaut werden.

Antragssteller*innen: Jusos Tempelberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

G2_1/23 Kein catchiger Titel, aber dafür catchige Krankheiten: für Testmöglichkeiten von STIs

1 Sexuell übertragbare Krankheiten (STIs) kommen immer häufiger vor: In Deutschland hat sich die Zahl
2 der Syphilis-Fälle in den Jahren von 2009 bis 2019 verdoppelt und seit 2001 sogar vervierfacht. Dass
3 einige STIs auch über Oralsex übertragbar sind, ist oft unbekannt. Aufgrund der leichten
4 Übertragbarkeit wäre es wichtig, sich vor allem bei wechselnden Sexualpartner*innen regelmäßig auf
5 STIs zu testen, auch wenn keine Symptome auftreten. Leider ist das aufgrund verschiedener
6 Hindernisse nicht die Lebensrealität vieler Menschen:

7 Zum einen sind STIs weiterhin tabuisiert. Zudem sind STI-Tests nicht leicht zugänglich: Wenn man im
8 Internet nach STI-Tests in Berlin sucht, erhält man viele kommerzielle Angebote wie private
9 Testzentren oder Testkits für zu Hause, die über 100 Euro kosten.

10 Zwar gibt es bereits einige sehr gute Angebote, zum Beispiel von der Berliner Aidshilfe oder dem
11 Checkpoint (einem Zentrum für sexuelle Gesundheit mit Test- und Behandlungsangeboten für STIs
12 sowie Beratungsangeboten zu sexueller Gesundheit, Chemsex/Substanzkonsum und queeren Themen),
13 bei dem die Kosten für HIV-Tests, die meist zwischen 5 und 25 Euro liegen, erstattet werden können.

14 Bislang gibt es außerdem die Möglichkeit von STI-Tests in den Gesundheitsämtern von vier Bezirken
15 (Mitte, Marzahn-Hellersdorf, Friedrichshain-Kreuzberg und Charlottenburg-Wilmersdorf) mit
16 telefonischer Voranmeldung. HIV-Tests dort kosten 10 Euro für Zahlungsunfähige.

17 Die Kostenübernahme durch die Krankenkassen ist allerdings in der Regel an das Vorliegen von
18 Anzeichen einer STI gebunden bzw. wenn bei dem*der Sexpartner*in bereits eine STI festgestellt
19 wurde. Es ist allerdings nicht immer so, dass die Anzeichen einer STI bemerkt oder als solche
20 wahrgenommen werden. So können diese unbemerkt an weitere Personen übertragen werden. Es ist
21 daher wichtig präventiv die Möglichkeit zu haben, unabhängig vom Geldbeutel, einen STI-Test zu
22 machen bevor es zur unbemerkten Verbreitung bzw. auch Schäden durch Nicht-Behandeln der
23 Infektion kommt. Auch die vorhandenen Strukturen und Angeboten müssen gestärkt und ausgebaut
24 werden, um Hürden wie lange Anfahrtswege und überlastete Testkapazitäten zu senken.

25 Ein anonymes Testangebot bereitzustellen ist heutzutage noch für viele Menschen wichtig. Offene,
26 niedrigschwellige Testangebote bieten in der Regel anonyme Tests an. Sie auszubauen ist daher ein
27 wichtiges Anliegen. Gerade auch, weil es ebenso Menschen gibt, die ohne gesetzliche

28 Krankenversicherung ihr Leben bestreiten müssen und daher diese niedrigschwelligen Testangebote
29 benötigen.

30 Epidemiologische Kennziffern verdeutlichen, dass FINTA*-Personen sowie queere Menschen am
31 häufigsten an STIs leiden. Hinzu kommt auch, dass selbige oftmals sowieso schlechteren Zugang zu
32 medizinischer Infrastruktur haben. Die Ausweitung der Testmöglichkeiten stellt auch eine Möglichkeit
33 da, die bestehende Stigmatisierung durch sexuell-übertragbare Krankheiten weiter einzudämmen und
34 mehr Aufmerksamkeit für STIs zu erzeugen.

35 **Aus diesem Grund fordern wir, dass...**

- 36 • das Testangebot für sexuell-übertragbare Krankheit so ausgebaut wird, dass in jedem Bezirk
37 mindestens eine Möglichkeit zur Testung besteht. Dies soll möglich sein, durch unabhängige,
38 gemeinnützige und finanzierte Stellen, um die Kostenlosigkeit zu gewährleisten. Entsprechend
39 soll § 1 Gesundheitsdienst-Zuständigkeitsverordnung (GDZustVO) angepasst werden.
- 40 • Es soll ein gesetzlicher Anspruch geschaffen werden, sodass STI-Tests auch ohne Anlass, also ohne
41 Symptome bzw. STI-Nachweis bei Sexpartner*in, von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen
42 werden.
- 43 • Das Land Berlin wird aufgefordert die Förderung von Projekten, welche STI-Tests anonym und
44 niedrigschwellig anbieten in dem Maße zu erhöhen, sodass diese zukünftig höhere Kapazitäten für
45 Tests bereitstellen können und diese kostenfrei in Anspruch genommen werden können
- 46 • die STI-Testung in ärztlichen Praxen mit infektiologischem Schwerpunkt für alle jederzeit
47 zugänglich ist und die Kosten für die Tests vollständig von der Krankenkasse getragen
48 werden.
- 49 • der Zugang zur HIV-Prophylaxe PrEP (Präexpositionsprophylaxe) und die dauerhafte und
50 vollständige Kostenübernahme durch Krankenkassen allen, unabhängig vom Sexualverhalten,
51 ermöglicht wird.
- 52 • Zielgruppenspezifische finanzielle Mittel für mehr Aufklärung und Informationen zu
53 Testzentren.
- 54 • zusätzlich in allen Bildungseinrichtungen nicht-stigmatisierende Bildungsangebote und
55 Ansprechpersonen eingerichtet werden und auch außerhalb von Bildungseinrichtungen
56 Aufklärungsangebote ausgebaut werden.

Antragssteller*innen: Arbeitskreis Bildung

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

I1_1/23 Mehr Enteignungen – mehr Schulen!

1 „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Eine
2 Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig (...).“ Diese Sätze aus dem Grundgesetz
3 Artikel 14 kennen wohl spätestens nach dem erfolgreichen Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co.
4 enteignen“ die Mehrheit der Berliner*innen und damit wahrscheinlich auch die meisten Schüler*innen
5 und Lehrkräfte. Genau um diese soll es in diesem Antrag gehen. Denn nicht nur zu Beginn dieses Jahres,
6 sondern wiederkehrend und mit zunehmend lauterem Protesten, gehen Lehrkräfte und Schulpersonal
7 auf die Straßen, um ihrem Ärger Luft zu machen. „Kleinere Klassen = Besserer Unterricht“ waren auf
8 den Plakaten zu lesen. Doch wer kleinere Klassen will, braucht nicht nur mehr Lehrkräfte, sondern auch
9 mehr Räume und damit mehr Schulen. An beiden Punkten scheitert es jedoch in Berlin. So fehlt neben
10 der Lehrperson, in fast allen Bezirken, der Raum für die wachsende Anzahl an Schüler*innen. Manche
11 Bezirke mussten im letzten Sommer bereits Überlegungen anstellen, Zelte aufzustellen, da schlicht
12 kein Platz für geflüchtete oder neu angemeldete Schüler*innen vorhanden war. Andere Bezirke sind
13 gezwungen, Schulen in Bürogebäuden unterzubringen und dort zu unterrichten.

14 Für uns ist dies inakzeptabel und unterstreicht zugleich, in welcher absoluten Notsituation wir uns als
15 Bezirke und Stadt befinden.

16 Doch es gibt Möglichkeiten, wie wir auch in immer dichteren Bezirken neue Flächen erschließen
17 können, um Schulen zu bauen. Ein wichtiges Instrument ist die Enteignung. Diese ist bereits in
18 Landesenteignungsgesetzen, wie der Baden-Württembergs auf den konkreten Fall niedergeschrieben.
19 Dort heißt es nämlich: „Nach diesem Gesetz kann enteignet werden, um Vorhaben zu verwirklichen,
20 die dem Wohle der Allgemeinheit dienen, insbesondere (...) Einrichtungen für Schulen, Hochschulen
21 und andere Zwecke von Kultur, Wissenschaft und Forschung (...).“ Dies zeigt - Möglichkeiten gibt es,
22 nur müssen diese mit der Bundesgesetzgebung in Einklang gebracht werden.

23 Aus diesem Grund fordern wir,

- 24 • zu prüfen, inwieweit neben der Bundesgesetzgebung eine Gesetzgebungskompetenz des
25 Landes verbleibt. Falls eine solche gegeben ist, fordern wir schnellstmöglich eine
26 landesgesetzliche Grundlage für eine schnelle Enteignung zugunsten des Schulbaus, nach dem
27 Vorbild des Landesenteignungsgesetzes von Baden-Württemberg, zu schaffen. Sollte dies
28 rechtlich nicht möglich sein, fordern wir ein Konzept zu erstellen, welches auf Grundlage der
29 bestehenden gesetzlichen Rechtsgrundlagen, eine schnelle Enteignung zugunsten des
30 Schulbaus sicherstellt.
- 31 • im Haushalt den Bezirken Finanzmittel für alle Entschädigungszahlungen und weitere
32 anfallende Kosten fest einzuplanen, welche im Falle erfolgreicher Enteignungsverfahren
33 anfallen würden. Auch sollen Mittel freigegeben werden, welche bei einer möglichen

34 Beschlagnahme für die Bezahlung der Mietkosten abgerufen werden können. Die dafür
35 bereitgestellten Gelder müssen neu in den Haushalt eingeplant werden, ohne Abstriche in
36 anderen Bereichen zu machen.

- 37 • bis zum neuen Haushalt die Mittel der Schulbauoffensive so anzupassen, dass
38 Entschädigungszahlungen hierüber abgewickelt werden können.

Antragssteller*innen: Jusos Mitte

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

I2_1/23 Nazis in Zivil? Nein, danke!

1 Dass Rechtsextreme sich unter dem Deckmantel von ehrenamtlichem Engagement zivilgesellschaftlich
2 organisieren, ist schon lange bekannt. Sie werben auf diese Weise nicht nur um Mitglieder und
3 Zuspruch für ihre Ideologie, sondern verbreiten so auch unerkannt oder ganz offen Hass und Hetze.

4 Nicht allein die Mitgliedschaft von Rechtsextremen in Schützenvereinen oder Kampfsportgruppen ist
5 eine reelle Gefahr für unsere liberale Gesellschaft, sondern die Bedrohung geht weit darüber hinaus.

6 Egal, ob als Begleiter*in bei Schulausflügen, Aufpasser*in auf dem Fußballplatz, Kuchenbäcker*in für
7 das nächste Nachbarschaftsfest oder Schöff*in bei Gericht: Eine derartige und vor allem strategische
8 Einflussnahme gefährdet unsere Demokratie. Das Nachbarschaftsfest oder der Sportverein des Kindes
9 ist nämlich gleichzeitig auch der perfekte Ort, um die eigene rechtsextreme Ideologie sowie
10 Verschwörungsmythen zu verbreiten. Dies geschieht oft ohne, dass es den anderen Menschen
11 überhaupt auffällt, geschweige denn es angemessen verurteilt wird. Dennoch gibt es ebenso so viele
12 Beispiele, in denen Vereine und gesellschaftlichen Akteur*innen bewusst wegeschauen und damit
13 Nazis eine zivilgesellschaftliche Bühne und indirekte Akzeptanz ihrer rechtsextremen Ideologie bieten.
14 Daneben erleben wir alle fünf Jahre vor Neuwahl von Schöff*innen, dass AfD, Pegida und Co. zum
15 Kandidieren für das Amt als ehrenamtliche*r Laienrichter*in aufrufen, um die Strafjustiz strukturell zu
16 unterwandern. Durch die Schöff*innen wird der Grundsatz der Teilhabe der Zivilgesellschaft an der
17 Rechtsprechung verwirklicht. Bei rund 40.000 Schöffen, die alle fünf Jahre neu gewählt werden, geht
18 von rechten Aufrufen zur Unterwanderung der Justiz jedoch eine ernstzunehmende Gefahr aus.

19 Nicht zu vergessen ist hierbei die besondere Rolle von rechtsextremen weiblich gelesenen Personen,
20 die sich die sogenannte „doppelte Unsichtbarkeit“ zunutze machen und deswegen von einem nicht
21 unerheblichen Teil der Zivilgesellschaft nicht als Täterinnen, geschweige denn überhaupt als politisch
22 relevant wahrgenommen werden. Hier besteht also ein großes, oft übersehenes Potenzial der
23 Rechten, sich gesellschaftlich zu organisieren und zu legitimieren. So geben sie sich nach außen hin
24 betont „bürgerlich“ und vertreten sogenannte traditionelle Werte und Rollenbilder, um als „nette
25 Nachbarn“ Strukturen, Vereine, Organisationen und Gruppen zu infiltrieren, rechtes Gedankengut zu
26 verbreiten, Diskurse zu verschieben und Straftaten zu begehen.

27 Vereine und Institutionen wissen oft nicht, wie sie mit entsprechenden Vorfällen oder einfach nur dem
28 Engagement von Rechtsextremen umgehen sollen und teilweise versuchen sie es auch gar nicht erst.

29 Deswegen und aufgrund der dargestellten Problemlage fordern wir:

- 30 • Die Zivilgesellschaft muss, beispielsweise durch Aufklärung in Bildungseinrichtungen, durch
31 öffentliche Kampagnen und Einarbeitung in Kinder- und Jugendschutzkonzepten, stärker darin

- 32 geschult werden, rechtsextremes Gedankengut zu erkennen - nur so kann unsere Demokratie
33 wehrhaft bleiben.
- 34 • Prävention statt Reaktion: Antirassismus-, Anti-Antisemitismus-, und Demokratie-Workshops
35 für Vereine und Institutionen, die ebenfalls zivilgesellschaftlich organisiert sind, müssen
36 aufwandsarm und kostenlos zugänglich gemacht werden.
 - 37 • Verteilung finanzieller Mittel auf kommunaler Landesebene an strenge Kriterien knüpfen, wie
38 beispielsweise im vorherigen Punkt aufgeführte Maßnahmen. In jedem Fall gilt: Kein Geld für
39 Nazis! Sobald es Hinweise auf rechtsextreme Mitgliederstrukturen gibt, müssen auch
40 staatliche Strukturen greifen.
 - 41 • Kein Fußball dem Faschismus, gilt auch auf dem Sportplatz und überall sonst:
42 Zivilgesellschaftliche Akteur*innen müssen klar in die Pflicht genommen werden,
43 rechtsextremes Gedankengut in ihren Reihen ernst zu nehmen und zu handeln, bevor es zu
44 spät ist.
 - 45 • Es muss eine Stelle geben, an die man sich wenden kann, sollte es den Verdacht auf
46 rechtsextremes Gedankengut in Vereinen geben. Diese Stelle muss bekannt und leicht
47 zugänglich sein. Als Konsequenz soll entsprechenden Vereinen die Gemeinnützigkeit entzogen
48 werden können.
 - 49 • Vor allem in aktuell strukturarmen Regionen muss das Angebot für Freizeit- und
50 Bildungsangebote demokratiefördernd staatlich sichergestellt werden.
 - 51 • Dass die Berliner Bezirke sicherstellen, dass es bei der Schöffenwahl 2023 nicht zu einer
52 Unterwanderung der Justiz durch rechte Schöffenrichter*innen kommt.

53 Ob im Sportverein oder auf der Klassenfahrt - während Nazis davon träumen, zivilgesellschaftliche
54 Strukturen zu infiltrieren und unterwandern zu können, müssen wir uns ihnen entschieden in den Weg
55 stellen - immer und überall!

56

Antragssteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

I4_1/23 Queer Refugees Welcome! - Für eine Reform der Geflüchtetenpolitik

1 Wir fordern eine grundlegende Reform der Geflüchtetenpolitik besonders mit Blick auf LSBTQIA*
2 Geflüchtete. Hierzu sollen die SPD-Abgeordneten von Bund und Land sich für eine Reform der
3 notwendigen Gesetze einsetzen, die folgende Maßnahmen gesetzlich reformiert werden:

- 4 1. § 3 (1) 1. des Asylgesetzes soll um die "sexuelle Identität" und "Geschlechtsidentität" als
5 Gründe der Flucht vor Verfolgung ergänzt werden. Mit der Aufnahme der sexuellen Identität
6 und Geschlechtsidentität ins Asylgesetz wird die nationale Gesetzgebung an die Richtlinie
7 2011/95/EU angepasst, die diese Verfolgungsgründe bereits anerkennt.
- 8 2. Für alle Mitarbeitenden von Ämtern, Behörden und Aufnahmeeinrichtungen sollen
9 Sensibilisierungsprogramme zum Umgang mit LSBTQIA*-Geflüchteten verpflichtend
10 angeboten werden. Diese Sensibilisierungsprogramme sollen in Zusammenarbeit mit
11 entsprechenden zivilgesellschaftlichen Organisationen eingerichtet werden.
- 12 3. Bundesweit soll ein behördenunabhängiges Asylberatungssystem eingerichtet werden. Die
13 Beratungen sollen hierbei u.a. als Einzelgespräche zur Verfügung stehen. Darüber hinaus
14 müssen die Beratungsangebote niedrigschwellig und flächendeckend angeboten werden und
15 vor behördlichen Anhörungen wahrnehmbar sein. Die Einrichtung eines
16 behördenunabhängigen Asylberatungssystems kommt der in Richtlinie 2013/33/EU
17 festgeschriebenen Verpflichtung nach, Geflüchtete im Asylprozess über ihre Rechte und
18 mögliche Rechtsberatungsstellen zu informieren. Dabei gewährleistet das Angebot von
19 Einzelgesprächen, dass queere Menschen nicht vor Dritten ein Zwangsoouting erleben müssen.
20 Frühzeitige Beratungsangebote gewährleisten zudem, dass die Asylsuchenden rechtzeitig über
21 die eigenen Rechte aufgeklärt werden.
- 22 4. Sogenannte Ankerzentren sollen abgeschafft und durch dezentrale Unterbringungen ersetzt
23 werden.
- 24 5. In allen Aufnahmeeinrichtungen muss Zugang zu rechtlicher, gesundheitlicher und
25 psychologischer Betreuung für LSBTQIA*- Geflüchtete gewährleistet werden. Zudem müssen
26 weitere Aufnahmeeinrichtungen speziell für LSBTQIA*-Geflüchtete geschaffen werden.
- 27 6. Alle Kommunen werden insbesondere verpflichtet, geschützten Wohnraum für LSBTQIA*
28 Geflüchtete bereitzustellen bzw. beim Neubau von Wohnkomplexen darauf zu achten, dass
29 solche Wohnungen gestellt werden können. Ausreichende Mittel werden zentral
30 zweckgebunden zur Verfügung gestellt. Hierbei soll in jedem Fall jeweils Gruppen- und
31 Einzelunterbringung grundsätzlich gewährleistet sein. Diese Wohnungen werden entweder
32 von Fachträger*innen der queeren Wohnhilfe oder der Queerarbeit verwaltet oder von
33 explizit hierfür zu schulendem Fachpersonal kommunaler Trägerschaften. Der Gesetzgeber

34 legt Fristen zur Einrichtung und ihrer Kontrolle fest, sodass die Nichterfüllung dieser Aufgabe
35 durch die Kommunen verhindert werden kann. Eine Einrichtung zu Lasten expliziten Wohnens
36 bspw. für junge Geflüchtete oder geflüchtete FINTA (Frauen, inter, non-binary, trans, agender)
37 findet nicht statt.

- 38 7. Etwaige Überprüfung muss diskriminierungs- und übergriffsfrei verlaufen.
- 39 8. Wir lehnen Abschiebungen weiter für alle Menschen ab. Sie sind ein inhumanes Mittel der
40 Geflüchtetenpolitik, wodurch Menschen häufig in lebensbedrohliche Situationen gebracht
41 werden.

Antragssteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

I5_1/23 Sicheres Wohnen für queere Menschen in landeseigenen Wohnungen

1 Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Berliner Senats werden aufgefordert, in enger
2 Zusammenarbeit mit Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, insbesondere im Bereich queerer
3 Wohnhilfe tätigen Initiativen, langfristige Kooperationen für queeres Wohnen in den landeseigenen
4 Wohnungsbaugesellschaften einzurichten. So sollen explizit Wohnungen für die Belegung durch von
5 queeren Initiativen betreute Menschen bereitgehalten werden. Diese Möglichkeit soll in allen
6 Berliner Bezirken bestehen und sowohl kurzfristige Notwohnungen als auch langfristige
7 Wohnverhältnisse beinhalten. Queere Menschen sind von der Wohnungskrise in Berlin
8 außergewöhnlich betroffen. Sie erfahren bei der Wohnungssuche oft Diskriminierung und sind
9 ebenfalls außergewöhnlich armutsbetroffen. Insbesondere queere Jugendliche, die Gewalt und
10 Diskriminierung erfahren, brauchen neben Beratung auch oft Notfallwohnungen, wenn sie in ihrer
11 bisherigen Wohnsituation nicht verbleiben können. Eine besondere Belastung gibt es hier auch für
12 trans* Personen und Jugendliche, die von ihren Herkunftsfamilien nicht unterstützt werden. Bei
13 trans* Personen können bei der Wohnungssuche besondere Probleme im Zusammenhang mit
14 Namen- und Personenstand auf offiziellen Dokumenten auftreten, die ein Outing vor
15 Vermieter*innen erzwingen können. Die Zahl der zur Verfügung stehenden Notwohnungen für
16 queere Menschen ist in Berlin aber deutlich zu gering. Initiativen der queerer Wohnhilfe berichten
17 außerdem, dass die Zusammenarbeit mit den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften immer
18 schwieriger geworden ist. Durch die in diesem Antrag geforderte konzertierte Aktion von Senat,
19 Abgeordnetenhaus und Zivilgesellschaft soll diesem dramatischen Mangel kraftvoll und nachhaltig
20 begegnet werden.

- 21 • Gemeinsam mit den oben genannten Initiativen sollen Anzahl und Kriterien für die
22 Bereitstellung und Vergabe der vorgehaltenen Kontingente erarbeitet, ebenso wie ein
23 Turnus, in welchem diese Kriterien evaluiert werden, festgelegt werden. Dabei muss auch ein
24 Sicherheitskonzept zum Schutz queerer Menschen erarbeitet werden.
- 25 • Die Vergabe muss bürokratiearm und insbesondere bei Notfällen zügig erfolgen. Eine
26 aktuelle Übersicht über freie Plätze soll von den Bezirksämtern, sowie durch relevante Träger
27 und Initiativen jederzeit einsehbar sein.
- 28 • Gleichzeitig werden alle relevanten Akteur*innen der Wohnhilfe durch
29 Fortbildungsmaßnahmen in der Arbeit mit queeren Menschen geschult und
30 Informationsmaterialien für queere Menschen erarbeitet und zur Verfügung gestellt.

Antragssteller*innen: Jusos Tempelberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

I6_1/23 Folgen aus der Silvesternacht – soziale Lösungsansätze statt rechter Hetze!

1 Zum Jahreswechsel 2023 kam es in Berlin zu großen Ausschreitungen. Silvesternächte sind in Berlin,
2 besonders in bestimmten Teilen, jedes Jahr geprägt von Gewalt und Eskalation. In den Jahren des
3 Corona-Lockdowns waren diese Ausschreitungen durch Feuerwerksverkaufsverbot gering. Besonders
4 im Kontrast dazu erfuhren die Ausschreitungen über den Jahreswechsel 2022/2023 eine besondere
5 und von rechten Kräften genutzte mediale Aufmerksamkeit. Die Angriffe gegen Polizei- und
6 Rettungskräfte müssen aufgearbeitet und Täter*innen zur Verantwortung gezogen werden. Für die
7 Aufarbeitung wird sich die Stadt mit den Ursachen und Folgen beschäftigen müssen. Dafür braucht es
8 eine klare Analyse und soziale Lösungen, die am Kern des Problems ansetzen. Was es nicht braucht, ist
9 eine kopflose Debatte, unterlegt mit rassistischen Ressentiments.

Silvesternacht

11 In der Silvesternacht spielten sich in ganz Berlin gewaltvolle Szenen ab. Ausschreitungen gegen und
12 Angriffe auf Polizei-, Feuerwehr- und Rettungskräfte dominieren die Geschehnisse. Sie werden
13 beschossen mit Böllern, Raketen, Schreckschusspistolen und Pyrotechnik. Auch von Verletzungen
14 durch Pfefferspray und stumpfe Gewalteinwirkung wird berichtet. Zudem beschädigten die
15 Täter*innen Ausrüstung der Einsatzkräfte: Bierkisten, Pyrotechnik und Feuerlöscher werden auf
16 Fahrzeuge geworfen. Einsätze der Feuerwehr und Polizei werden gezielt behindert durch Barrikaden
17 und Beschuss während der Löscharbeiten. Ausschreitungen dieser Art gab es in ganz verschiedenen
18 Teilen Berlins, nicht nur in den Vierteln, die durch rechte Narrative in den medialen Fokus gerückt
19 werden.

20 Im Nachgang der Silvesternacht wurden knapp 150 Personen wegen diverser Delikte festgenommen.
21 Viele von ihnen sind - entgegen der Behauptungen rechter Kräfte - deutsche Staatsbürger*innen und
22 unter 21 Jahre alt. Unter den Festnahmen befanden sich laut Polizeiangaben nur 6 Frauen.

23 Die Geschehnisse der Silvesternacht haben eine Reihe an Debatten angestoßen, die wenigsten davon
24 werden konstruktiv geführt. Es geht um eine bessere Ausstattung von Polizist*innen, unter anderem
25 durch Bodycams. Unabhängig von der Aufklärung der Silvesternacht lehnen wir den Einsatz dieser
26 weiterhin ab. Wir erkennen die Vorteile insbesondere in Bezug auf Transparenz an, verstehen die
27 Risiken der Technologie allerdings als zu hoch: Wir befürchten, dass Aufnahmen besonders im Sinne
28 der Polizist*innen benützt würden und sehen insbesondere darin, dass ausschließlich Polizist*innen
29 entscheiden, wann die Cams an- bzw. ausgeschaltet werden, ein problematisches Machtverhältnis.
30 Sollte es dennoch zu einer Einführung kommen, darf diese daher nur unter der Pflicht des dauerhaften
31 Einschaltens der Geräte stattfinden. Im Falle des Ausschaltens ist die Beweislastumkehr zu Lasten der
32 entsprechenden Polizist*innen einzuführen. Auch Jugendkriminalität war Thema. Vor allem drehte
33 sich die Debatte aber um "gescheiterte" Integration. Diese Debatte ist rassistisch und populistisch

34 aufgeladen. Es ist unsere Aufgabe als Sozialdemokratie und als Jusos uns dem entschieden
35 entgegenzustellen. Denn: Gewalt hat nichts mit Herkunft zu tun; Gewalt wird bedingt durch soziale
36 Gegebenheiten wie die soziale Herkunft. Öffentliche Debatten müssen sachlich geführt werden und zu
37 durchdachten Lösungsvorschlägen führen. Rechte Hetze hat in unserer Stadt keinen Platz!

38 Dein Vorname juckt nicht!

39 Das beste Beispiel für die rassistisch aufgeladene Stimmung in der Politik ist die "Vornamendebatte".
40 Nach den Silvesterunruhen wurden Stimmen in der Politik laut, dass man die Vornamen der
41 Täter*innen in Erfahrung bringen müsste, um sich ein Bild zum Täter*innenprofil zu machen. Gefordert
42 wurde dieses Vorgehen vorrangig von den Wahlgewinner*innen 2023: Kai Wegner und der CDU Berlin.
43 Sie springen damit auf einen Zug mit rechten Kräften und bedienen sich einer Anfrage, die im selben
44 Wortlaut von der AfD im Saarland dort 2019 gestellt wurde. Eine Koalition mit der CDU Berlin steht für
45 uns daher außer Frage. Mit Rassisten koaliert man nicht! Dieses Denken in rassistischen Mustern
46 lehnen wir konsequent ab. Dein Vorname und deine Herkunft haben keine Auswirkungen auf deine
47 Gewaltbereitschaft. Auch mit der Schlussfolgerung, die Ausschreitungen seien Resultat einer
48 gescheiterten Integrationspolitik, wird der Kern der Sache weit verfehlt. Gewalt entsteht aus sozialen
49 Gegebenheiten, daraus, dass junge Menschen vor einer Perspektivlosigkeit stehen, daraus, dass diese
50 Stadt vielen Menschen nicht mehr die Lebensgrundlage bietet, die sie brauchen. Wenn ganze Kieze
51 zurückgelassen werden, wenn gute (Aus-)Bildung nur für manche erreichbar ist, wenn Menschen sich
52 das Leben in ihrer Heimat nicht mehr leisten können, dann entsteht Frustration. Diese Debatten
53 müssen wir führen, anstelle rassistisch gegen Namen zu hetzen.

54 Für uns gilt: Dein Vorname juckt nicht!

55 Jugendsozialarbeit als Schlüssel

56 Auch Jugendgewalt entsteht aus der Wechselwirkung verschiedener Faktoren und hat keine simplen
57 Erklärungen. Klar ist: Kinder und Jugendliche bekommen ihre soziale Realität schon früh im Leben zu
58 spüren. Gesamtgesellschaftliche Faktoren wie wirtschaftliche und soziale Ausgrenzung sind große
59 Risikofaktoren für Jugendgewalt. Diese Faktoren manifestieren sich teilweise über Generationen und
60 die Abwärtsspiralen sind nur schwer durchdringbar. Darum müssen in Schulen, Freizeiteinrichtungen
61 und der Nachbarschaft Schutz-, Förder- und Teilhaberechte umgesetzt werden, um junge Menschen
62 dazu zu befähigen, Verantwortung für ihr eigenes Leben zu übernehmen. Eine gute Jugendsozialarbeit
63 ist hierbei essenziell. Leider kann die in Berlin momentan nicht gewährleistet werden, es fehlt an allem:
64 Personal, Räumlichkeiten und finanziellen Mitteln. Um wirkliche Erfolge in der Jugendsozialarbeit zu
65 erzielen, ist eine individuelle, langfristige Betreuung der Jugendlichen notwendig; nur so können
66 stabile Beziehungen und Vertrauen aufgebaut werden. Aufgrund des Mangels bei Personal, Raum und
67 Geld ist dies momentan unmöglich. Problematisch ist auch, dass die finanziellen Mittel, die zur
68 Verfügung stehen, nicht zweckgebunden sind, was heißt, dass sie auch für andere Zwecke als die
69 Jugendsozialarbeit verwendet werden können. Um der jugendlichen Gewaltspirale ein Ende zu setzen,
70 braucht es daher mehr Ressourcen vom Land Berlin an die Bezirke, sowohl finanzielle wie räumliche.
71 Das Jugendpaket, das nach dem Jugendgipfel durch die R2G-Landesregierung zugesichert wurde, ist
72 ein guter erster Schritt. Die gesteigerten Ausgaben für die Jugendsozialarbeit müssen allerdings
73 verstetigt werden und dürfen kein einmaliges Vorkommen bleiben. Außerdem müssen die an die
74 Bezirke zur Verfügung gestellten Mittel zweckgebunden an die Jugendsozialarbeit sein.

75 Auch die Pandemie und die damit wegfallenden Angebote für junge Menschen haben ihren Schatten
76 hinterlassen: Dass Ferienfreizeiten, Sport und Gruppenaktivitäten so lange ausgefallen sind, hat zu

77 noch mehr Isolation und zu weniger möglichen Ansätzen des Helfens geführt. Jugendzentren, Träger
78 und Vereine müssen daher dringend mit den nötigen Mitteln ausgestattet werden, um wieder diverse
79 Freizeitprogramme anzubieten. In Berlin brechen zudem 6,6 % aller Jugendlichen und jungen
80 Erwachsenen die Schule ohne Abschluss ab. Die Folge: Perspektivlosigkeit, prekäre
81 Lebensbedingungen und Frustration. Hier bedarf es vielfacher Angebote mit einer starken
82 Schulsozialarbeit damit für Kinder und Jugendliche neue Perspektiven sichtbar und geschaffen werden.
83 Dabei ermöglicht Soziale Arbeit an Schulen nicht nur Schüler*innen, sondern auch Eltern und
84 Lehrkräften, sich mit Problemen an sie zu wenden. Im Beratungsprozess arbeitet Schulsozialarbeit
85 mit den Schüler*innen, der Familie und der Schule sowie mit Trägern der Jugendhilfe oder
86 Therapeut*innen zusammen. Hierdurch kann den Schüler*innen frühzeitig geholfen werden. Doch
87 dies gelingt nur, wenn es ausreichend Personal gibt und dieses mit genügend Ressourcen arbeiten
88 kann, um so weitere Programme entwickeln zu können. Deshalb bedarf es hier einer guten personellen
89 wie finanziellen bedarfsgerechten Ausstattung von Schulsozialarbeiter*innen an allen Schulen."“

90 Soziale Durchmischung - aber richtig

91 Auch wenn die Ausschreitungen in dieser letzten Silvesternacht natürlich neue Dimensionen
92 angenommen hat, kam es auch in vorherigen Jahren bereits häufiger zu Unruhen zum Jahreswechsel.
93 Feuerwerksperrzonen in bestimmten Kiezen und Vierteln zeugen von früheren Eskalationen. Diese
94 Kieze, die sich häufig durch sozial abgehängte Bewohner*innen und eine größere Anzahl
95 migrantisierter Menschen auszeichnen, werden nun als Problemkieze und als Brutstätte für
96 Gewaltbereitschaft besprochen. Genauso wie Vornamen haben Adressen nichts mit Aggressivität und
97 Gewalt zu tun. Ganze Kieze unter Generalverdacht zu stellen und abzuschreiben, ist genau die falsche
98 Konsequenz. Auch hier muss die Debatte auf die eigentlichen Themen gelegt werden: Chancen,
99 Unterstützung und Aufstiegsperspektiven.

100 Soziale Durchmischung spielt dabei sicherlich eine Rolle. Berlin ist eine diverse Stadt, unsere Kieze
101 sollen das widerspiegeln. Die Forderung allerdings zum Zweck der sozialen Durchmischung Wohnraum
102 in "Problemkiezen" für finanziell stärkere Berliner*innen zu schaffen, indem man beispielsweise
103 Eigentumswohnungen inmitten von sozialem Wohnungsbau schafft, ist der richtige Gedanke nur falsch
104 herum gedacht. Anstelle Menschen aus ihren Wohnungen, ihren Kiezen zu verdrängen, müssen wir
105 die Stadt bauen, in der Menschen aller Einkommensklassen miteinander wohnen. Die Lösung ist daher
106 nicht, Eigentumswohnungen inmitten sozialen Wohnungsbaus zu schaffen, sondern vielmehr Mieten
107 und Wohnen für alle überall möglich zu machen, bei Neubauprojekten immer Sozialwohnungen immer
108 mit einzuplanen und Kieze für alle zu öffnen. Nur, weil Menschen unterschiedlicher Einkommen in
109 unmittelbarer Nachbarschaft leben, entstehen noch lange keine direkten Verbindungen: Kinder
110 werden auf unterschiedliche Schulen geschickt, die Ausgestaltung von Hobbies hängen vom
111 Einkommen ab, der Bewegungsradius in der Stadt ist abhängig von Mobilitätsmöglichkeiten und
112 Sozialräume werden unterschiedlich genutzt. Essenziell für eine soziale Durchmischung ist also auch
113 die Schaffung von wohnortnahen Angeboten zur Vernetzung und zum gemeinsamen Verbringen der
114 Freizeit, wie Nachbarschaftstreffpunkte und -cafés, Feste oder Sportangebote, durch die Bezirke und
115 den Senat, die unterschiedliche Gruppen ansprechen und so einen wirklichen Vernetzungscharakter
116 über Generationen, Identitäten und soziale Herkunft entfalten können.

117 Patriarchat zerstören - nicht Eigentum

118 Gewalt ist das Mittel des Patriarchats. Um Gewalt zu verhindern und zu stoppen, muss allen voran
119 auch das Patriarchat bekämpft werden. In jeder Phase des Lebens ist Bildung und Aufklärung über die
120 bestehenden und sich verfestigenden Machtstrukturen von großer Relevanz. Vor allem in der

121 Schulbildung, im Beruf, in Fortbildungen muss diesem Thema mehr Beachtung geschenkt werden, um
122 das Problem im Keim zu ersticken. Unser Kampf gegen die Gewalt ist immer und vor allem auch ein
123 feministischer!

124 Klar ist und bleibt: Gewaltbereitschaft wird nicht bedingt durch Vornamen oder Adresse. Die
125 Ausschreitungen müssen sachlich aufgeklärt und entsprechende Konsequenzen daraus öffentlich
126 debattiert werden. Diese Debatte darf allerdings nicht von rassistischer Hetze getrieben sein, sondern
127 muss sich stattdessen die tatsächlichen Auslöser für Unzufriedenheit und Frust vornehmen und
128 entsprechende Lösungen für diese finden.

129 Wir fordern daher vom Senat und den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses:

- 130 • Eine genaue und sachliche Untersuchung der Ereignisse in der Silvesternacht
- 131 • Die Vornamen der Täter*innen weiterhin unter Verschluss zu halten
- 132 • Ein Verkaufsverbot für Schreckschusspistolen und Böller
- 133 • Mehr Ressourcen für Personal, Projekte und Programme in der Jugendsozialarbeit und
134 Schulsozialarbeit. Dabei sind explizit feministische Bildungsangebote und Initiativen zu
135 stärken, die gegen gewaltvolle und patriarchale Männlichkeitsvorstellungen vorgehen
- 136 • Eine Zweckbindung der Jugendsozialarbeitsmittel
- 137 • Einen Ausbau von Angeboten der Nachbarschaftsvernetzung, die alle umlebenden Menschen
138 anspricht.

Antragssteller*innen: Jusos Lichtenberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

An die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses:

I7_1/23 Ein Kulturregister für Berlin

1 Berlin ist die Hauptstadt der Laienkultur. In Kneipen, auf Kleinbühnen, in Kirchen oder im Park kann
2 man Musik hören, Theater genießen oder Stand-Up Comedy erleben. Viele Menschen würde gerne an
3 diesen Angeboten aktiv mitwirken, finden aber keine für sie passende Möglichkeit. Dies liegt daran,
4 dass bei ehrenamtlichen oder freiberuflichen Kulturangeboten häufig keine Kapazitäten für
5 umfangreiche Werbung oder Websitepflege bestehen. Neue Mitglieder werden daher meist über
6 bestehende Teilnehmer*innen angeworben. Gerade für Menschen, die neu nach Berlin ziehen, ist es
7 schwierig, ein passendes Angebot zu finden. Da sie noch keine Kontakte haben, finden sie keinen
8 Zugang zur Kulturszene und geben Hobbys wie Singen ganz auf. Hier soll das Kulturregister Abhilfe
9 schaffen. Ein Hobby außerhalb des Berufs strukturiert die Woche, schafft Entlastung und Freude und
10 wirkt Vereinsamung in der Großstadt entgegen. Weiterhin könnte das Land Berlin so dem
11 Vereinssterben entgegenwirken, indem es hilft, neue Mitglieder anzuwerben. Da außerdem viele
12 Kulturprojekte in Berlin staatlich gefördert sind, würde das Land Berlin auch dazu beitragen, dass seine
13 eigenen Gelder effektiver genutzt werden.

14 Das Land Berlin soll auf der Website Berlin.de ein Kulturregister für Laienkultur schaffen. Dieses
15 Register soll sich an Kulturschaffende in Berlin richten sowie an Interessierte, die etwa in ihrer Freizeit
16 Theater spielen oder in einem Chor singen möchten. Hier sollen freie Regisseur*innen,
17 Chorleiter*innen, Vereine etc. ihre Angebote registrieren können, sodass Interessierte bei einer
18 Internet-Suche auf diese Informationen zugreifen können. Das Register sollte folgende Informationen
19 enthalten: Die Art des Angebots, evtl. Kosten, Zielgruppe, Ort für Proben, Zeitpunkt für Proben sowie
20 Informationen über die Barrierefreiheit und evtl. Zeitraum. Außerdem soll es die Möglichkeit geben,
21 Kontaktdaten für nähere Informationen zu hinterlegen. Das Kulturregister soll aktiv beworben werden,
22 damit freie Kulturschaffende von ihm Kenntnis erlangen und sich eintragen. Hier wäre eine
23 Kooperation mit staatlichen Kulturangeboten (z.B. Theatern) denkbar. Gleichzeitig wird auf der
24 Website eine Möglichkeit geschaffen, unseriöse oder problematische Inserate zu melden. Daraufhin
25 wird die Meldung durch eine zuständige Stelle überprüft und gegebenenfalls das Inserat gesperrt.

Antragssteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

O2_1/23 GO-Antrag: Änderungsanträge abstimmen

1 Wir schreiben und beschließen als Verband Anträge, die unsere Positionen und unsere Ausrichtung
2 festlegen. Häufig werden die Anträge dabei gemeinsam geschrieben und durch Änderungsanträge von
3 anderen Kreisen zugespitzt, verbessert und verändert. Dabei können Änderungsanträge, die auch das
4 Wesen des Antrags oder relevante Punkte massiv verändern von den Antragsteller*innen des
5 Ursprungsantrags übernommen werden. Häufig erleichtert das die Arbeit und erspart zeitraubende
6 Abstimmungen. Teilweise werden jedoch auch Änderungsanträge übernommen, über die sich ein
7 Diskurs anbieten würde. Änderungsanträge, die sonst übernommen werden sollen auf
8 Geschäftsordnungsantrag diskutiert und abgestimmt werden, um schließlich einen Antrag zu
9 beschließen, der möglichst mehrheitlich angenommen werden kann. Deswegen soll die
10 Geschäftsordnung der Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin entsprechend ergänzt werden:

11 Änderungsanträge können von der*dem Antragsteller*in des Ursprungsantrags übernommen
12 werden. Durch Geschäftsordnungsantrag kann die Abstimmung des Änderungsantrags gefordert
13 werden. Sollte die Abstimmung zum Änderungsantrag eröffnet werden, wird die Gegenrede zum
14 Änderungsantrag von dem*der Antragsteller*in des GO-Antrags gehalten. Die Debatte kann dann –
15 wie andere Änderungsantragsdebatten – über erneuten Geschäftsordnungsantrag geöffnet werden.

Antragssteller*innen: Jusos Neukölln

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

O3_1/23 Mental Health auch im Verband – Selbstverpflichtung zur Schaffung von gesünderen Strukturen für eine nachhaltige Arbeit

1 Nach und während jedem Kongress, ob auf Landes- oder Bundesebene kennen wir alle die
2 Gesprächsthemen: Wenig Schlaf, Überforderung, langfristige Stresssituationen bzw. ein durchgehend
3 erhöhtes Grundniveau an Stress, Panikattacken und körperliche Folgen, von Kopfschmerzen oder
4 Schlafstörungen über um den Kongress herum startende Infekte zu Verdauungsproblemen oder
5 Schmerzen am Rücken, im Nacken oder an anderen Stellen. Das alles sind direkte Folgen des
6 Engagements. Mit unangenehmen Gefühlen oder Gesprächsbedarf ist man ab Ende des Kongresses
7 insofern allein gelassen, dass es zu wenige geplante Nachbesprechungen über das Inhaltliche hinaus
8 gibt.

9 Delegierte wissen, dass die Belastung durch die tagelange Vorbereitung auf Kongresse vorhanden ist
10 und dazu beitragen kann, Krankheiten zu verursachen. Individuelle Ressourcen unterscheiden sich,
11 aus diesem Grund sollten wir alle gemeinsam zu einer konstruktiven Fehlerkultur beitragen. Das
12 heißt konkret, dass wir akzeptieren, dass Belastungen und Ressourcen sich unterscheiden. Das heißt
13 auch, dass wir akzeptieren, dass Fehler jedem*jeder unterlaufen und dass wir akzeptieren und
14 Menschen auch ermutigen, wenn sie freiwillig ihr Engagement reduzieren.

15 Durch die Vorbereitung und die Kongresse an sich setzen wir uns großen gesundheitlichen Risiken
16 aus. Dieses Risiko sollten wir uns vor der Planung und bei der Durchführung von Kongressen vor
17 Augen führen.

18 Auf dem Kongress sind persönliche Pausen zwar theoretisch möglich, aber immer mit Schuldgefühlen
19 verbunden. Ganze Kongresspausen sind selten und immer das erste, was dem Zeitmangel zum Opfer
20 fällt. Dies führt neben den gesundheitlichen Folgen für jede*n einzelne*n Delegierte*n auch zu einer
21 unkonzentrierten und dadurch wieder anstrengenderen Gesamtatmosphäre.

22 Doch auch über Konferenzen und Kongresse hinaus haben sich bei uns Strukturen etabliert, die ein
23 gesundes Arbeiten erschweren oder unmöglich machen. Es ist nicht nur normalisiert, sondern wird
24 explizit gelobt, wenn sich Amtsinhaber*innen komplett für den Verband aufgeben. Wer neben
25 Lohnarbeit, Schule, Ausbildung, Studium, Carearbeit, Familie und anderen persönlichen
26 Verpflichtungen jede Aufgabe, die im Verband anfällt, angeht, wird als Positivbeispiel genutzt.
27 Natürlich ist es die freie Entscheidung jeder*jedes Einzelnen bei uns Jusos, sich im Rahmen der
28 eigenen Möglichkeiten zu engagieren und das Ausmaß dessen selbst zu wählen. Das Problem
29 entsteht, wenn die Erwartungshaltung anderer an das Ausführen eines Amtes die eigenen
30 Kapazitäten übersteigt und durch den impliziten Druck Einfluss auf diese freie Entscheidung

31 genommen wird. Persönliche Kapazitäten werden selbstständig eingeschätzt und umgesetzt und
32 können dabei unterschiedlich ausfallen.

33 Es besteht zu oft der Konflikt zwischen inhaltlicher Arbeit und persönlicher Gesundheit, und fast
34 immer wird zugunsten von mehr inhaltlicher Arbeit entschieden. Dieser Konflikt kann Menschen
35 davon abschrecken, ihre wichtige Perspektive durch Annahme von Ämtern und Verantwortung mehr
36 in unseren Verband einzubringen. Wir setzen uns ein für eine Verbandskultur, in der Pausen und das
37 Ablehnen von Aufgaben nicht mit einer Art Bedeutungsverlust einhergehen und das Ausmaß des
38 Einsetzens von Arbeitskraft nichts über die eigene zugeschriebene Bedeutung der Aufgabe aussagt.

39 Der Kapitalismus macht uns krank, und im Kampf gegen ihn machen wir es selber noch schlimmer.
40 Mit diesen Strukturen, die sich über Jahre bei uns etabliert haben, laugen wir Menschen aus.
41 Diejenigen, die es am besten aushalten, bleiben länger dabei und können eher Verantwortung und
42 Ämter übernehmen als diejenigen, die früher von der Struktur gebrochen werden. Wir verlieren
43 wichtige Perspektiven, gerade wenn es um den Kampf für eine bessere Versorgung im Bereich
44 Mental Health geht, weil wir die Menschen mit diesen Perspektiven ungewollt ausschließen.

45 Aber auch viele Menschen, die Lohn- und Carearbeit gleichzeitig verrichten müssen, haben oft
46 schlicht nicht die Zeit und die Ressourcen, sich im für viele Aufgaben geforderten Rahmen zu
47 engagieren. Wir wissen, dass diese Menschen unsere Unterstützung brauchen und wir arbeiten
48 daran, ihre Situation zu verbessern. Nur nehmen wir ihnen gleichzeitig die Möglichkeit, bei uns im
49 Verband selbst Verantwortung zu übernehmen und sich selber für eine Verbesserung der Situation
50 einzusetzen.

51 Sie sind nur ein Beispiel vieler Gruppen, die sich bei uns nicht in dem Maße engagieren können, das
52 wir einfordern. Dabei sollten wir gerade Menschen in solchen Situationen nicht nur unserer Stimme
53 geben, sondern ihnen ermöglichen, die eigene Stimme zu erheben.

54 Wir kämpfen überall den wichtigen Kampf für faire und gesunde Arbeitsbedingungen, schaffen es
55 aber selber nicht, diese in unseren Strukturen zu verankern. Ehrenamt ist Arbeit, aber Ehrenamt
56 muss nicht krank machen. Die Probleme sind auch keine puren Juso-Probleme. Sie sind entstanden,
57 weil wir Jusos, wie viele andere progressive Jugendorganisationen auch, die großen Probleme
58 unserer Welt nicht unbeantwortet lassen können und wollen. Wir arbeiten viel, weil viel zu tun ist bis
59 zu unserer Utopie des demokratischen Sozialismus, bis zu einer Welt in der tatsächlich alle Menschen
60 die gleichen Chancen haben. Damit wir diese Arbeit auch weiterführen können, müssen wir aber
61 aufhören, uns damit selbst zu schaden.

62 Wir sehen die Probleme und Hindernisse klar in unseren Strukturen und nicht im Verhalten einzelner.
63 Jede Person, die viel Zeit und Arbeit in die Jusos steckt, stärkt uns als Verband. Unsere Strukturen
64 beeinflussen jedoch die Bereitschaft dazu in eine ungesunde Richtung. Dazu schrecken sie Menschen
65 davon ab, sich für Ämter zur Verfügung zu stellen, statt sie zu empowern. Diese Zustände müssen wir
66 verändern, ohne dabei unsere Dankbarkeit für die Personen zu vergessen, die sich für unseren
67 Verband engagieren.

68 Wir fordern daher:

- 69 • Die Möglichkeit zur Aufteilung von Amtspositionen auf mehrere Person über eine Änderung
70 der SPD-Statuten

- 71
- 72
- 73
- 74
- 75
- 76
- 77
- 78
- 79
- 80
- 81
- 82
- 83
- 84
- Schaffung einer bundesweiten Arbeitsgruppe, die auch für uns nahestehende politische Jugendorganisationen offen ist und Strukturen für eine gesündere Arbeitsweise in der politischen Jugendarbeit erarbeitet
 - Seminare für Amtsinhaber*innen zu toxischen und ungesunden Verbandsstrukturen
 - Eine Abkehr vom unreflektierten Fördern und impliziten Fordern von kompletter Selbstaufgabe für den Verband
 - Mehr Pausen auf Kongressen und Konferenzen, sowie eine Erinnerung an die Möglichkeit zum spontanen Antrag auf Sitzungsunterbrechung in der GO jedes Kongresses und jeder Konferenz durch das Präsidium
 - Kongresstage sollen nicht länger als 10 Stunden dauern. Kongresstage, die teilweise fast doppelt so lange dauern, wie ein normaler Arbeitstag, sind weder produktiv noch gesund. Zusätzlich sollen feste Pausenzeiten eingehalten werden.
 - Nachbesprechungen in den Delegationen, in denen explizit auf Diskriminierung, Workload, Mental Health und toxische Strukturen und Verhaltensweisen eingegangen wird

Antragssteller*innen: Jusos Lichtenberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

O4_1/23 SPD Gebäude begrünen und mit erneuerbaren Energien ausstatten

- 1 Der Bundes- und die Landesvorstände werden aufgefordert, bis 2023 Gebäude im Eigentum der SPD
- 2 oder ihrer Gesellschaften soweit wie möglich zu begrünen und mit verschiedensten erneuerbaren
- 3 Energien auszustatten. Dazu gehören neben Dächern und Fassaden auch Innen- und Vorhöfe und
- 4 Innenräume. Bei der Begrünung soll Biodiversität gestärkt werden, beispielsweise durch
- 5 Bienenwiesen und Verzicht auf ungeeignete Pflanzen wie Kirschlorbeer. Begrünung führt dabei zur
- 6 lokalen Abkühlung des Stadtraums und birgt so auch klimatische Vorteile. Als erneuerbare Energien
- 7 sollen alle Gebäude im Eigentum der SPD oder ihrer Gesellschaften energieeffizient saniert und
- 8 weitestgehend isoliert werden und sowohl PV-Anlagen auf Dach und Fassaden als auch
- 9 Windkraftanlagen eingesetzt werden. Außerdem sollen bei der Wärmeversorgung Wärmepumpen
- 10 und wo möglich Geothermie eingesetzt werden. Allgemein müssen Energiesparmaßnahmen forciert
- 11 werden, wobei das Willy-Brandt-Haus bereits als positives Beispiel und Vorbild dient. Neben diesen
- 12 positiven Effekten trägt vor allem die Fassadenbegrünung außerdem visuell zu einem schöneren
- 13 Stadtbild bei. Gleichzeitig sendet sie eine politische Botschaft an jede*n Vorbeikommende*n: Die
- 14 SPD nimmt sich Umweltthemen an, geht mit gutem Beispiel voran und es tut sich was.
- 15 Um den Klimaschutz voranzutreiben, ist es neben organisatorischen Maßnahmen wichtig die
- 16 Bevölkerung mitzunehmen und mit positiven Beispielen eine Vorbildfunktion einzunehmen.

- 17 Die Bauwerksbegrünung dient den verbundeten Zwecken von Klimaschutz und Klimaanpassung. Die
- 18 Einbeziehung lebendiger Pflanzen bringt eine lokale Abkühlung im Stadtraum und schützt so präventiv
- 19 bei Hitzewellen.

- 20 Darüber hinaus dient die Begrünung der Wärmedämmung des jeweiligen Gebäudes, wodurch der
- 21 Energieverbrauch sowie die Energiekosten für die Partei vermindert werden. Auf ähnliche Weise
- 22 gleichen die Ersparnisse durch Nutzung von Wärmepumpen über die gesamte Nutzungsdauer des
- 23 Geräts die Montagekosten aus.

- 24
- 25 Die Beschaffung solcher Anlagen und Geräte dient außerdem der Ausbildung der für die
- 26 Energiewende benötigten Fachkräfte im lokalen Arbeitsmarkt.

- 27

- 28 Nicht zuletzt schafft die Bauwerksbegrünung auch eine angenehmere Arbeitsatmosphäre für
- 29 Mitarbeitende und Mitglieder der Partei, nicht nur aufgrund der ausgleichenden Effekte bei Wärme
- 30 und Kälte, sondern auch weil begrünte Wände eine bessere Schallabsorptionsgrad haben und zur
- 31 Lufthygiene beitragen

Antragssteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

U1_1/23 Resolution: Gemeinsam kämpfen, statt kriminalisieren – volle Solidarität mit den Klimaaktivist*innen

1 Was haben die Rodungen der Grünheide für eine neue Tesla-Fabrik, das Abbaggern des Dorfes
2 Lützerath, die überstürzten Rodungen im Teutoburger Wald, evidenzbasierter und wissenschaftlich
3 fundierter Kampf für Klimaschutz der Scientists for Future und der internationalen Bewegung Fridays
4 for Future, die zum großen Teil aus jungen Menschen besteht, Rufe nach besonders harten Strafen
5 und einem harten Durchgreifen der Justiz und Gewalt von Passant*innen gegen Aktivist*innen
6 gemeinsam? Sie zeigen, dass wir als Gesellschaft ein krasses Problem haben! Wir steuern weiterhin
7 auf eine existenzgefährdende Krise zu und bestrafen, verhöhnen und ignorieren, die die uns auf diese
8 Krise und die damit einhergehenden Gefahren aufmerksam machen wollen!

9 Warum tönen gerade aus den Reihen der SPD die Rufe nach einem harten Umgang mit den
10 Klimaaktivist*innen und einer harten Bestrafung derer so laut? Weil uns die Aktivist*innen auf unsere
11 eigene Untätigkeit, unser eigenes Versagen und unsere eigene Ahnungslosigkeit hinweisen?

12 Rufe nach drakonischen Strafen, einem harten Durchgreifen der Justiz oder der unverhältnismäßigen
13 Erhöhung von Strafen im Nachgang zu den Protestaktionen von Klimaaktivist*innen - auch und gerade
14 aus den Reihen der SPD - verurteilen wir aufs Schärfste, offenbaren sie doch ein
15 Rechtsstaatsverständnis, das wir so nicht teilen können.

16 Statt in ein ewiges "Aber nicht grüner als die Grünen!" zu verfallen, müssen wir als Partei - in
17 Regierungsverantwortung - anerkennen, dass wir unserer Verantwortung für kommende
18 Generationen, für die Zukunft aller - insbesondere junger - Menschen nicht gerecht geworden sind und
19 nicht gerecht werden. Es braucht jetzt ein radikales Umdenken und ein entschlossenes und schnelles
20 Handeln!

21 Spätestens seit das Dorf Lützerath durch den Konzern RWE geräumt wurde, stellen unzählige
22 Gutachten fest, dass Deutschland seinen Beitrag zur Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaabkommens
23 und eine Dekarbonisierung bis 2050 nicht mehr leisten können wird. Deutschland muss selber aus
24 Gründen der Klimagerechtigkeit und seiner globalen Verantwortung für die Klimakrise schon 2035
25 Klimaneutral sein. Was zuerst so lapidar klingt, hat fatale Folgen. Die Zunahme von Dürren,
26 Hitzeerscheinungen und Niederschlagsdefiziten, ein Artensterben und der damit verbundene
27 Rückgang der Artenvielfalt, das Steigen des Meeresspiegels, die Versauerung und Erwärmung der
28 Ozeane, Risiken für die menschliche Sicherheit und Gesundheit, Risiken für unsere Lebensgrundlage,
29 unsere Nahrungsmittel- und Wasserversorgung und das wirtschaftliche Wachstum und die Zunahme
30 kaskadierender Kippeffekte sind nur ein Teil der Szenarien, die uns drohen. Und dabei macht jedes
31 Zehntelgrad, das wir an globaler Erwärmung verhindern können, einen riesigen Unterschied!

32 Für uns ist klar, die Klimakrise ist nicht diskutierbar! Es geht nicht um eine Haltung oder eine Meinung.
33 Die Klimakatastrophe ist ein wissenschaftlich breit und eindeutig belegter Fakt, der uns alle betrifft.
34 Nicht irgendein Fakt, sondern die Tatsache, dass unsere Gesellschaft schon in den nächsten Jahren das
35 einzigartige ökologische Gleichgewicht einbüßen wird, das uns die gesamte bisherige
36 Menschheitsgeschichte begleitet hat.

37 Wenn wir jetzt nicht ins Handeln kommen, wird die Klimakatastrophe unsere Gesellschaft, wie wir sie
38 kennen, über den Haufen werfen. Sie wird unzählige Tode und Verteilungskämpfe nach sich ziehen, in
39 Größenordnungen, die wir uns heute kaum vorstellen können.

40 Und schaut man sich an, wer bisher die Folgen der Klimakatastrophe zu spüren bekommt, sieht man:
41 es handelt sich hierbei um Länder und Regionen, die vergleichsweise wenig zur globalen Klimakrise
42 beigetragen haben. Während die Länder des globalen Nordens durch ihr Wirtschaften, durch ihre
43 Industrie und durch ihr Nichthandeln mit Blick auf wirksame Klimapolitik die Verschlimmerung der
44 Klimakatastrophe zu verantworten haben, müssen die Länder des globalen Südens unter den
45 katastrophalen Folgen am stärksten leiden. Und die Ergebnisse internationaler Konferenzen wie
46 COP27 (Die 27. Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention) zeigen, dass es trotz
47 historischer Vereinbarung zur Einrichtung eines Fonds zur Kompensierung von Verlusten und Schäden
48 immer noch kein ausreichendes westliches Interesse daran gibt, Länder und Personen, die massiv von
49 Folgen der Klimakatastrophe betroffen sind, finanziell zu unterstützen. Dies zeigt sich auch darin, dass
50 die bereits 2009 von den reichsten Ländern versprochenen 100 Milliarden für Klimaschutz und -
51 anpassung in den meistbetroffenen Ländern bis COP27 nicht erfolgreich mobilisiert worden sind. Dabei
52 ignorieren sie geflissentlich, dass bereits heutzutage Menschen aufgrund der Klimakrise, aufgrund von
53 Hitzetagen und Wetterkatastrophen sterben. Dass dabei eben jene Länder betroffen sind, die die Krise
54 nicht befeuern scheint irrelevant zu sein. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass Industrieländer wie
55 Deutschland die zu verhandelnden JETPs (Just Energy Transition Partnerships bzw. Partnerschaften zur
56 gerechten Energiewende) mit Ländern wie Senegal eher alibimäßig zur Versicherung ihrer Versorgung
57 mit fossilem Gas als zur Verbesserung des Energiezugangs für die lokale Bevölkerung nutzen und dabei
58 sowohl Klimaschutz als auch soziale Gerechtigkeit vernachlässigen. Doch wir tragen eine globale
59 Verantwortung. Klimaschutz kann nur erfolgreich sein, wenn er global und solidarisch ist!

60 Das entscheidende Problem, mit dem wir gegenwärtig als Gesellschaft konfrontiert sind, liegt darin,
61 dass wir die Klimakrise nicht wahrhaben wollen. Wir verschließen unsere Augen schon viel zu lange
62 vor den Fakten, die seit vielen Jahren auf dem Tisch liegen. Hinter dieser Ignoranz stecken die
63 verantwortlichen Unternehmen und deren Lobbys, die am meisten von der fossilen Wirtschaft
64 profitieren, noch weiter kassieren möchten und daher Desinformationskampagnen führen und medial
65 Verzögerungsdiskursen und Greenwashing verbreiten. Dabei ist es unumstritten, dass die Klimakrise
66 nicht von allein verschwindet und nur wir ihre Folgen aufhalten können.

67 Und genau das ist das Ziel der Klimaaktivist*innen: Dass endlich anerkannt wird, wie sehr wir alle
68 gemeinsam auf eine Katastrophe zusteuern. Erst wenn wir als Gesellschaft gemeinsam eingestehen,
69 dass wir ein Problem haben, kann sachlich über die richtigen Maßnahmen und Wege zu mehr
70 Klimaschutz diskutiert werden.

71 Protestbewegungen haben zur Aufgabe, wie ein Warnmelder Aufmerksamkeit auf ein Thema zu
72 lenken und so den öffentlichen Diskurs zu verändern. Mit Bewegungen, wie „Fridays for Future“,
73 waren und sind Massen vorwiegend junger Menschen auf den Straßen, was aber trotzdem nicht zu
74 den notwendigen Veränderungen geführt hat. Allein im Jahr 2019 haben Millionen Menschen für
75 eine progressive Klimapolitik demonstriert. Ein globaler Klimastreik von Fridays for Future hat am
76 20.09.19 Hunderttausende auf die Straßen Berlins mobilisiert. Am selben Tag wurde ein
77 Verfassungswidriges Klimaschutzgesetz, ein sogenanntes Klimapaket, veröffentlicht. Ein
78 Gesetzespaket, was diesen Namen eigentlich nicht verdient hat. Tausende junge Klimaaktivist*innen
79 haben Monatelang, Jahrelang demonstriert, die Gesellschaft hat eine Verkehrswende, eine
80 Dekarbonisierung, ein CO₂-neutrales Wirtschaften eingefordert und dennoch bleiben krisengerechte
81 Maßnahmen aus. Viel eher wird vor allem heutzutage über die jeweiligen Protestformen gesprochen.

82 Nicht mehr die Klimakrise ist Gesprächsthema, sondern die Legitimität von zivilem Ungehorsam.
83 Dabei hat sich die Debatte von "schulschwänzenden Kinder, die auf die Profis hören sollen" hin zu
84 Vergleichen (auch von SPD-Politikern) der Protestbewegung "Letzte Generation" mit den Taliban
85 entwickelt. Die Klimagerechtigkeitsbewegung ist keine Terroristische Gruppe, vielmehr versucht sie
86 Grundrechte und das Grundgesetz durch das aktive Aufmerksam machen auf Missstände zu wahren.
87 Und dabei ist ziviler Ungehorsam sinnvoll. Alle großen politischen Errungenschaften wurden in der
88 Geschichte der Menschheit erkämpft, indem die Zivilgesellschaft unbequem war, denn es zeigt sich
89 auch heute: scheinbar reichen Menschenmassen auf den Straßen, ein Verfassungsgerichtsurteil,
90 internationale bindende Verträge oder Wähler*innenwillen nicht aus. Scheinbar führen auch legale
91 Protestmöglichkeiten nicht zu sichtbarem Erfolg. Deutlich wird im Umgang mit Fridays for Future und
92 auch den Protesten der „Letzten Generation“, dass in der öffentlichen Debatte der Fokus auf die
93 Form der Proteste gelegt wird, statt auf die Inhalte der Demonstrierenden. So wird beispielsweise,
94 statt darüber zu sprechen, dass junge Menschen zu tausenden für besseren Klimaschutz
95 demonstrieren, viel zu oft darüber diskutiert, ob junge Menschen dafür Schule schwänzen dürfen
96 und wie der Staat zu reagieren hat.

97 Und hier offenbart sich auch ein großer Konflikt. Welches Signal möchte unsere Politik an die jungen
98 Menschen senden, die sich für einen echten Klimaschutz einsetzen? Soll sie ihnen zeigen, dass ein
99 Großkonzern, wie RWE, der einer der größten CO2-Emittenten der Europäischen Union ist, trotz aller
100 Warnungen von Wissenschaftler*innen ganze Landschaften abbaggern kann, um durch Investitionen
101 in fossile Brennstoffe Gewinn zu machen oder will sie ihnen zeigen, dass der Kampf für das
102 Gemeinwohl und für eine Zukunft, in der alle Menschen weltweit überleben können in einer
103 Demokratie entschieden von alle Beteiligten - auch gegen die Interessen eines Großkonzerns -
104 gekämpft wird?

105 Kurz: soll sich die radikale Gewinnlogik eines Großkonzerns gegen unser aller Zukunft durchsetzen
106 können? Soll in einer Demokratie, in einer Gesellschaft das Tönen derer, die finanzielle Macht haben,
107 lauter und erfolgreicher sein als das Rufen derer, die - fachwissenschaftlich fundiert - darauf hinweisen,
108 dass wir im freien Fall auf eine Katastrophe zusteuern? Als sozialistischer Verband ist für uns klar, dass
109 sich die Interessen von Konzernen niemals gegen das Gemeinwohl und gegen das Interesse der
110 Allgemeinheit durchsetzen dürfen! Der Kampf für wirksamen Klimaschutz und gegen die
111 Klimakatastrophe ist immer ein antikapitalistischer Kampf - denn es braucht einen System-, keinen
112 Klimawandel!

113 Die Klimakrise ist an sich eine Krise des bestehenden Demokratieverständnis, die die Grenzen
114 unseren Systems verdeutlicht. Die atmosphärischen Folgen der fossilen Wirtschaft werden räumlich
115 und zeitlich anders verteilt, als das, womit wir uns innerhalb der parlamentarischen Demokratie
116 befassen können. Weder künftige Generationen noch Bürger*innen der meistbetroffenen Länder
117 haben Mitbestimmungsrechte, wie und wie schnell die Klimapolitik hier und jetzt umgesetzt wird. Die
118 schweren sozialen Folgen der sich bereits anbahnenden Klimakrise machen den Raum zur
119 Mitgestaltung der Klimapolitik nach bisherigem parlamentarischen Modell, v.a. für arbeitende
120 und/oder marginalisierte Menschen, enger. Dabei wächst auch die Verzweiflung junger Menschen,
121 während die demokratischen sowie multilateralen Prozesse versagen. Diese greifen zum zivilen
122 Ungehorsam und zu immer disruptiveren Taktiken.

123 In manchen Fällen, u.a. in der Mobilität, ist es aufgrund der Art der fossilen Infrastruktur schwierig zu
124 unterscheiden, ob man bei diesen Aktionen gerade gegen individuelles Verhalten oder fehlenden
125 Strukturwandel demonstriert. Man kann auf einer Autobahn schlichtweg nicht zwischen Spießer*in
126 im Cabrio und Krankenpfleger*in im Polo differenzieren. Diese Aktionen schüren dadurch
127 Ressentiments unter Teilen der arbeitenden Bevölkerung, die im aktuellen System auf das Auto
128 angewiesen sind. Dabei ist in Deutschland Verkehr der Sektor schlechthin, wo kaum CO2-Ersparnisse
129 erzielt worden sind und wo sich nicht mal ein Tempolimit durchsetzen lässt. Dies gilt es auch sichtbar
130 zu machen.

131 Klimaaktivist*innen, Jugendliche und junge Erwachsene, die sich an Protestaktionen für einen
132 entschlossenen Kampf gegen die Klimakatastrophe beteiligen, die Wälder, die durch Rodungen
133 gefährdet sind, besetzen und die durch öffentlichkeitswirksame Aktionen eine längst überfällige
134 Debatte über wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz anstoßen und die Politik und die Parteien auf
135 ihr Versagen hinweisen wollen, haben uns in ihrem Kampf für eine lebenswerte Zukunft an ihrer Seite!

136 Unsere Solidarität gilt allerdings auch den Menschen, die aufgrund ihrer Stellung in der heutigen
137 kapitalistischen Gesellschaft nicht individuell auf ressourcen- und emissionsintensive Produktions- und
138 Verbrauchsverhalten verzichten können und dadurch von manchen dieser disruptiven Proteste in
139 ihren Lebensrealitäten missachtet fühlen. Wir Jusos stellen die Bedürfnisse dieser Menschen in den
140 Mittelpunkt unserer Klimapolitik. Wir lehnen die Vernachlässigung dieser Bedürfnisse sowie den
141 Missbrauch derer in konservativen Verzögerungsdiskursen ab

142 Fortschritt musste in der Vergangenheit immer erkämpft werden. Und Akte des Protests und des
143 Aufbegehrens haben sich rückblickend häufig als wegweisende Lernkurven unserer Demokratie
144 herausgestellt. Die Klimaaktivist*innen überschreiten mit ihrem zivilen Ungehorsam bewusst Grenzen,
145 um zu zeigen: Was nicht legal ist, kann legitim sein.

146 Wir solidarisieren uns mit den Anliegen und Forderungen der "Letzten Generation", wir solidarisieren
147 uns mit den Protestierenden, den Forderungen und der Besetzung von #Lützibleibt, #Hambibleibt,
148 #Heibobleibt und #Fecherbleibt, wir unterstützen den Volksentscheid „Berlin 2030 Klimaneutral“, wir
149 solidarisieren uns mit der globalen Klimagerechtigkeitsbewegung und schließen uns ihrem Kampf für
150 einen wirksamen, sozial gerechten, intersektionalen, antifaschistischen, feministischen und
151 antikapitalistischen Klimaschutz an!

Antragssteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

Der Kongress der Young European Socialists möge beschließen

U2_1/23 Herstellung, Import sowie Verkauf von Einweg-Vapes verbieten

1 Das „Dampfen“ von E-Zigaretten gilt oft als gesündere Alternative zum herkömmlichen Rauchen. Das
2 kann es durchaus sein, ist allerdings nur akzeptabel, wenn es sich um wieder verwendbare E-Zigaretten
3 handelt: Einweg-Vapes sind auch Umwelttechnisch keine Alternative.

4 Einweg-Vapes enthalten seltene Erden und werden nach einmaligem Gebrauch ohne eine Möglichkeit
5 zum Nachfüllen entsorgt. Sie sind mit einer aromatisierten Flüssigkeit gefüllt und sind nicht aufladbar.
6 Meist erfolgt diese Entsorgung nach der Benutzung nicht fachgerecht- der gebrauchte Elektroschrott
7 landet häufig im Restmüll. Recycling ist dann nicht möglich.

8 Gleichzeitig entspricht die Nutzung von fünf Vapes circa dem Umweltschaden der Herstellung eines
9 Smartphones. Dabei sind sie besonders bei Jugendlichen und junge Erwachsene durch ihren günstigen
10 Marktwert und der entsprechenden Niedrigschwelligkeit, sowie besondere Aromen sehr beliebt.
11 Expert*innen rechnen bereits jetzt mit einem langfristigen Anstieg an Raucher*innen.

12 Besonders Kinder und Jugendliche müssen dabei vollumfänglich über die Gefahr des Vapens informiert
13 werden. Dabei müssen Umweltbilanz, das Rauchen an sich, sowie eine Betrachtung der meist
14 günstigen und minderwertigen Inhaltsstoffe thematisiert werden und Raum finden.

15 Aus diesen Gründen fordern wir ein Verbot der Herstellung, des Imports und des Verkaufes von Einweg-Vapes.
16 werden die sozialdemokratischen Mitglieder im Abgeordnetenhaus und Senat aufgefordert sich dem
17 Beispiel des Landtags Schleswig-Holsteins anzuschließen und sich auf nationaler wie europäischer
18 Ebene für ein Verbot von Einweg-E-Vapes auszusprechen. Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion
19 werden aufgefordert, die Bundesratsinitiative für ein europaweites Verbot von Einweg-E-Zigaretten zu
20 unterstützen. Wir fordern die Mitglieder der SPD im Europarat und Europaparlament auf, sich
21 ebenfalls auf Europäischer Ebene für ein Verbot der Herstellung, des Imports und des Verkaufs dieser
22 Vapes in der ganzen EU einzusetzen

23 Mit einer Informationskampagne, insbesondere an Schulen, soll über die bestehenden Gefahren für
24 Umwelt und Gesundheit aufgeklärt werden. Für Einweg-Vapes, die bereits hergestellt wurden, muss
25 ein niedrigschwelliges Recyclingangebot eingerichtet werden.

Antragssteller*innen: Jusos Pankow

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

An die sozialdemokratischen Mitglieder im Abgeordnetenhaus Berlin:

Ini1_1/23 Trotz GroKo: JA zum Volksentscheid

„Deutsche Wohnen und Co. Enteignen!“

– Keine Arbeit für die ImmoLobby durch die Expert*innenkommission und die Koalition!

1 Die Sondierungsverhandlungen mit der CDU und die hohe Wahrscheinlichkeit einer GroKo in Berlin
2 versprechen sozialpolitisch einen Rückschritt. Auch die Umsetzung des Volksentscheids „Deutsche
3 Wohnen und Co. Enteignen“ droht zu scheitern.

4 Wir erinnern noch einmal daran, dass 59,1 % der Berliner*innen im Herbst 2021 für die
5 Vergesellschaftung privater Immobilienkonzerne gestimmt haben. Und wir erinnern auch noch
6 einmal daran, dass der Landesparteitag der SPD im Juni 2022 dafür gestimmt hat, bei entsprechend
7 positivem Votum der Expert*innenkommission, die Erstellung eines Vergesellschaftungsgesetzes
8 voranzutreiben. Und dass diese Arbeit transparent stattfinden soll.

9 Ein, zwangsläufig überteuerter, Rückkauf von Wohnungen aus privater Hand, ist nicht das, was der
10 Volksentscheid aussagt. Private Investor*innen dürfen nicht dafür belohnt werden mit Mietraum zu
11 spekulieren.

12 Ebenso ist die Entwicklung eines Vergesellschaftungsrahmengesetzes fragwürdig. Dieses zweistufige
13 Verfahren scheint die Umsetzung des Volksentscheides in die Länge zu ziehen. Die
14 Expert*innenkommission soll demnach nicht direkt ein Gesetz zur Vergesellschaftung entwickeln. Es
15 sollen erst die Kriterien zur Vergesellschaftung höchstrichterlich durch das Bundesverfassungsgericht
16 geprüft werden. Entscheidet dieses positiv, soll dann das geforderte Gesetz zur Vergesellschaftung
17 erarbeitet werden. Es wird damit gerechnet, dass die Vergesellschaftung nicht vor 2026 erfolgen
18 kann.

19 Dieses Vorgehen wird nicht dem Willen der Berliner*innen gerecht. Und dieses Vorgehen darf nicht
20 von uns unterstützt werden. Das positive Votum zum Volksentscheid und somit die Entscheidung der
21 Mehrheit der Berliner Bevölkerung muss von der neuen Landesregierung respektiert, ernst
22 genommen und umgesetzt werden.

23 **Wir fordern daher weiterhin, bei positivem Votum der Kommission, die sofortige Erarbeitung eines**
24 **Vergesellschaftungsgesetzes und der unmittelbaren Umsetzung desselben. Und wir lehnen den**
25 **überteuerten Rückkauf von Wohnungen von privaten Investor*innen ab. Ebenso fordern wir die**
26 **sozialdemokratischen Verhandler*innen in den Koalitionsverhandlungen dazu auf, den**
27 **Landesparteitagsbeschluss der SPD zur Grundlage der Verhandlungen zu machen und sich im zu**

- 28 **fassenden Koalitionsvertrag klar zur Umsetzung des Volksentscheides „DW & Co. enteignen“ zu**
29 **bekennen.**
- 30 Denn nur so kann der Wohnungsmarkt in Berlin für alle zugänglich und bezahlbar bleiben.